Nr. 27 Halle a. S., Mittwoch den 1. Februar 1905. 16. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumerando frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.66 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei-u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Expedition: Geiststr. 21, Hof 2 Tr. Redaktion: Geiststr. 21, Hof 2 Tr.

Trepow-Kurs in Berlin!

Während sich die ganze zivilisierte Welt rüstet, um gegen die Henkerstaten des Zarismus flammenden Protest zu erheben und womöglich noch die edelsten Geister des russischen Volkes — einen Gorki unter ihnen! — vor den Schergen Väterchens zu beschützen, ist in Berlin Unglaubliches geschehen. In den Tagen, in denen der Ruhm der geächteten „Schnorrer und Verschwörer" Europa erfüllt, sind abermals zwei von ihnen in Berlin verhaftet und mit dem Ausweisungsbefehl bedacht worden.

In den Straßen Petersburgs ist am 22. Januar neben tausend anderen, die nicht das Völkerrecht sondern nur das ungeschriebene Recht der Kultur dem Schutze aller zivilisierten Regierungen unterstellt, auch ein friedlich unbewaffneter deutscher Reichsangehöriger von den Soldaten des Zaren getötet worden. Hätten Chinesen oder Herero diese Tat begangen, so riefe die nationale Gesellschaft das ganze Volk zu einem heiligen Rachezuge auf, und wer mit Gründen der Vernunft der Erhitzung der kriegerischen Leidenschaften begegnen wollte, würde als Verräter an der Ehre der Nation und als vaterlandsloser Geselle in Acht und Bann getan werden.

Wenn aber die Schergen des Zaren einen friedlichen deutschen Untertan töten, so revanchieren sich die deutschen Behörden für diese Tat damit, daß sie die Gegner des Zarismus mit Büttelgewalt aus dem Lande jagen. Nicht der Gesandte des Zaren, sondern die russischen Gesandten der Freiheit und der Zivilisation erhalten den Laufpaß!

Das polizeioffiziöse Organ des Herrn Scherl berichtet über diese Trepowtat der preußischen Polizei mit folgenden Worten:

Ueber die Ausweisung zweier russischer Studenten, Namens Boris und Leo Meerowitsch, wird uns berichtet, daß beide gestern (Sonntag) nachmittag durch Beamte der politischen Polizei nach dem Polizei-Präsidium geholt wurden. Sie hielten sich hier, angeblich um zu studieren, auf und waren auch an der Technischen Hochschule immatrikuliert. **Die politische Polizei aber hatte ermittelt, daß sich beide hier an terroristischen und anarchistischen Konventikeln beteiligten und insbesondere die Verbindung mit den im Auslande befindlichen, gleichartigen Vereinigungen herstellten.** Zu diesem Zwecke sind sie auch öfters **ins Ausland gereist.** Nachdem dies im Verhör mit ihnen festgestellt war (?), erhielten beide Russen gestern abend einen **Ausweisungsbefehl** als „lästige Ausländer" mit der Androhung, daß wenn sie bis heute abend 8 Uhr Berlin nicht verlassen hätten, sie **sofort verhaftet und nach dem Strafgesetzbuch bestraft und zwangsweise über die Grenze gebracht** werden würden. Wenn sie dem Ausweisungsbefehl Folge leisten, steht es ihnen frei, wohin sie reisen wollen.

Nach einer neueren Depesche sind die beiden Russen tatsächlich gestern ausgewiesen und „an die Grenze gebracht" worden. Es wird nicht gemeldet, an welche Grenze.

Nach diesem Bericht hätte sich also die Berliner Polizei nicht damit begnügt, von dem Willkürrecht, das ihr ein barbarisches Fremdenrecht allen Ausländern gegenüber gewährleistet, Gebrauch zu machen, sondern sie hätte überdies noch die beiden Studenten mit einer rechtswidrigen Handlung bedroht, nämlich mit ihrer **Auslieferung an die Schergen des Zaren.** Von einer Bestrafung der beiden nach dem deutschen Strafgesetzbuch kann nach den Erfahrungen des Königsberger Prozesses nicht die geringste Rede sein, wäre sie wirklich möglich, so hätte sich die preußische Polizei die kostbare Gelegenheit schwerlich entgehen lassen. Aber was gilt hier deutsches Recht! Das deutsche Strafgesetz ist das russische Strafgesetz; deutsche Untertanen sind russische Untertanen, und deutsches Fremdenrecht ist russisches Polizeirecht.

Die Ausweisung der beiden Freiheitskämpfer — wie oft soll der „Anarchisten"-Schwindel noch widerlegt werden! — und die ihnen angedrohte Auslieferung an Trepow ist die unmittelbare Folge der neuesten Vorgänge in Petersburg. Seitdem dort der furchtbare Aderlaß vom 22. Januar, wenn auch sicherlich nur für kurze Zeit, eine äußerliche Kirchhofsruhe hergestellt hat, glaubt die internationale Gegenrevolution sich wieder als Herrin Europas, und die reaktionäre Gewalt erhebt kühner denn je ihr Haupt.

Die ganze zivilisierte Welt, so weit sie auf diesen Namen Anspruch hat, vereinigt sich heute in der glühenden Hoffnung, daß dieses Zwischenspiel, von dem ja die neueste Tat der preußischen Polizei nur ein kleiner Teil ist, bald ihr Ende finden möge. Wer weiß, wie bald Graf Bülow die Neigung empfunden wird, jene, die er heute als Schnorrer und Verschwörer aus dem Lande hetzt, als erleuchtete Staatsmänner ihres Vaterlandes zu preisen. Wer weiß, ob er aber dann auch noch Gelegenheit haben wird, vom hohen Regierungstische aus mit seichten liberalisierenden Phrasen zu prunken!

Rußland unter Militärdiktatur.

In Petersburg waltet Trepow mit eiserner Faust weiter seines Amtes, und was der Polizeiknüppel mit Gewalt nicht fertig bringt, das sucht der Heilige Synod mit verlogenen und heuchlerischen Proklamationen zu vollenden. Die Mehrzahl der Arbeiter scheint vorläufig vom Hunger getrieben wieder die Arbeit aufzunehmen. Ihre Fäuste bringen sie zur Arbeit wieder mit, was sie aber jetzt nicht mehr zu ihrem elenden Frondasein mitbringen, das ist der kindlich-naive Glauben an ihr „heiliges Väterchen." Dieser Glaube ist durch die Salven vom Blutsonntage auf immer verflogen und hat einem dumpfen Rachegefühle Platz gemacht, das bei der nächsten Gelegenheit zum Ausbruch kommen muß.

Die Hauptwut Trepows richtet sich vor allem gegen die Presse. Nicht allein die russischen Zeitungen werden verfolgt, auch die Korrespondenten auswärtiger Zeitungen werden zu knebeln versucht. Wegen angeblicher „Uebertreibungen" in ausländischen Blättern werden sämtliche Korrespondenten in Petersburg einem Verhör unterzogen, und diejenigen, die sich nicht genügend ausweisen können, werden aus Rußland ausgewiesen werden.

In Moskau liegen die Dinge ähnlich wie in Petersburg. Auch hier sollen die meisten Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen haben. In den beiden russischen Hauptstädten herrscht große Lebensmittel-Teuerung. Einer Meldung aus Paris zufolge soll in Moskau ein Dynamit-Attentat gegen den alten Zarenpalast, den Kreml versucht worden sein. Der Kreml dient jetzt dem Großfürsten Sergius, einem der Hauptstützen des Zarismus, als Zufluchtsort und wird von einer starken Truppenmacht bewacht.

In Russisch-Polen greift die Erregung mehr und mehr um sich. In Warschau ist der Verkehr in der Stadt vollständig eingestellt. Sämtliche Restaurants und Cafés, sowie die Läden sind geschlossen. In vielen Läden, Instituten und Bureaus sind die Fenster eingeschlagen. Die Zahl der Opfer bei den Unruhen am Sonntag ist nicht genau bekannt; man schätzt sie auf 160 Tote bezw. Verwundete. Durch Anordnung des General-Gouverneurs des Gouvernements Lodz und des Gouvernements Petrokow ist Warschau unter verstärkten Schutz gestellt, die Regierungsgebäude und großen Fabriken werden militärisch bewacht; die elektrischen Leitungen sind zerstört.

Auch die Studenten der Universität und des Polytechnikums streiken.

Wie Lemberger Polenblätter melden, wurde in Czenstochau gegen die dortige Kaserne ein Dynamit-Attentat verübt. Das Kasernentor wurde gesprengt und mehrere Revolverschüsse wurden abgefeuert. Auch in Lodz und Pabianice wurden Dynamit-Attentate gegen Regierungs-Gebäude versucht.

Ueber Warschau ist der Belagerungs-Zustand verhängt worden.

Unter der Wirkung der steigenden revolutionären Bewegung der russischen und polnischen Arbeiterschaft hat sich in Warschau ein Komitee aus einflußreichen Persönlichkeiten des linken Flügels des liberalen Bürgertums gebildet, das mit allen Mitteln für die Erreichung folgender Reformen wirken will: 1. Das „Königreich Polen" soll eine autonome Organisation bilden mit eigenem Parlament, gewählt auf Grund des allge-

2220000 Mk. werden wöchentlich zur Unterstützung der Streikenden gebraucht.

25) (Nachdruck verboten.)

Das Vergessen?

Elsaß-Lothringen 1877—1900.

Roman von Theodore Cahu und Louis Forest.
Deutsch von Suzanne Braeutigam-Romane.

Unter dieser doppelten Leitung, von Stockmann energisch unterstützt, bemühte sich Leo, die Kenntnis aller Gesetze der französischen Sprache sich anzueignen. Diese Erziehung beschränkte sich aber nicht auf das Vollschreiben von dicken Heften, angefüllt mit Diktaten, Stilübungen oder grammatischen Analysen, nein, stufenmäßig bildete sie auch die Seele des Kindes. Aus der Grammatikstunde wurde zugleich eine Unterweisung in der Vaterlandsliebe. Wenn man Leo in die Geheimnisse der französischen Partizipien einweihte, impfte man ihm zugleich den Widerwillen gegen alles Deutsche und die Liebe für alles Französische ein. In der Grammatik erinnerte jedes Beispiel an Napoleonische Ruhmestaten oder an schmachbedeckte Seiten der deutschen Geschichte. Als Erzählungen wählte man z. B.: „Die Schlacht bei Jena", oder: „Welche Gefühle sollen die Wörter erwecken: Das französische Vaterland?"

Auf solche Weise, indem der Junge alle Tage in seiner Umgebung die ewiggleiche Unterhaltung hörte, in der sich der unbesiegbare Wunsch der Wieder-Vereinigung mit Frankreich aussprach, wurde aus dem Kinde ein überspannter kleiner Patriot, voll von beinahe krankhaftem Hasse gegen die „Pumpernickelesser" und die „Pickelhauben". Im Gymnasium war er in seiner Klasse Anführer der Partei der Protestler. Er prügelte einen seiner kleinen lothringischen Kameraden, weil dieser der Schuld überführt war, sich eine farbige Mütze, wie die deutschen Gymnasiasten, gekauft zu haben. Das Tragen dieser Kopfbedeckung erschien dem kleinen Stockmann als ein Verrat. Die Mütze flog in den Schmutz, und indem er darauf herumtrampelte, schrie Leo:

„Da, Du Preuße, da siehst Du, was ich von Deiner Oblate halte."

Diese Geschichte, welche ohne die Nachsicht des Doktors Wüste zu Unannehmlichkeiten geführt hätte, verschaffte Leo den Ruf eines kleinen Helden. Seine Gefährten bewunderten ihn, und er war sehr stolz auf sein Ansehen. Stockmann förderte sorgfältig diese Geistesrichtung seines Sohnes. Wenn es Sonntags schön Wetter war, führte der Patriot sein Kind auf die Wälle, um das Arsenal herum, oder zum Friedhof von Chambière, um das Denkmal zu besuchen, welches man für die im Kriege gefallenen Franzosen errichtet hatte. Bisweilen machte die ganze Familie in einem großen Wagen Ausflüge in die Umgegend der Stadt. Man durchkreuzte Dörfer, um welche die Grabhügel grünen, die schmerzliche Erinnerungen erwecken: Saint-Privat, Gravelotte. Dann las Stockmann laut die Inschriften zum Andenken an die Gefallenen vor, oder er erklärte auf dem Schlachtfelde nach der Karte und nach einem Buche, die er mit sich führte, die Bewegungen der französischen Truppen, die einst hier in den Tod geführt wurden, und die Ursachen ihrer Niederlage.

An einem Feiertage führte Stockmann seine Familie auch in die Umgegend der Stadt. Nach schon eingetretener Kälte erhellten noch einige warme Sonnenstrahlen als letzte Scheidegrüße des Herbstes den kurzen Novembertag.

Stockmann hatte aus zwei guten Gründen sich für den Ausflug entschieden: einmal reizte ihn das milde Wetter, und dann auch verscheuchte ihn aus Metz der Lärm eines offiziellen Festes.

Der Statthalter von Elsaß-Lothringen war nach der alten Festungsstadt gekommen. Für diese festliche Gelegenheit hatte die deutsche Verwaltungsbehörde alle Stangen und Balken, die in Lager-Räumen aufgespeichert lagen, herausgeholt, und die Soldaten hatten die nahen Wälder geplündert, um Tannenzweige zu langen Girlanden zu gewinnen. So bemühte man sich, der Stadt ein festliches Aussehen zu verleihen. Aber die Begeisterung fehlte doch. Auf dem ganzen Wege des offiziellen Zuges bewiesen die geschlossenen Fenster eine herausfordernde Trauerstimmung der Einheimischen. Einige „Hochs!", welche von den Mitgliedern der Kriegsvereine ausgingen, ließen das Schweigen der Lothringer nur noch deutlicher hervortreten und zeigten, welch kleine Anzahl solcher Tapferen, Braven der Regierung eigentlich zur Verfügung gestanden hatte.

Stockmann wollte dem Getöse der deutschen Musik und dem Lärm der anbefohlenen Festlichkeit den Rücken wenden. Er floh auf das Land und freute sich, reine Luft einatmen und das in Waffen starrende Preußentum, das ihn unablässig wie ein Albdrücken verfolgte, für kurze Zeit vergessen zu können.

In seiner Sehnsucht nach Ruhe hatte er nicht einmal die Zeitungen gelesen, und er wußte nicht, daß eine große Revue auf dem Exerzierplatz von Frescati stattfinden sollte.

Wie Stockmann nachmittags gegen drei Uhr auf dem Heimwege nach Metz sich befand und auf seinem Wagen halb schlief, wurde er durch einen Ausruf von Leo aufgeschreckt:

„Vater, die Preußen!"

Die Regimenter kamen von der Besichtigung zurück. Der Elsässer ließ die Pferde antreiben, aber der Wagen mußte halten. Ein Offizier schrie dem Kutscher, der am Rande des Weges vorbei wollte, barsch zu: „Halt!" Stockmann mußte warten und den unendlich langen Zug der Truppen vorbeiziehen lassen.

Die Soldaten, die lange Stunden unbeweglich gestanden hatten, kamen des Weges daher und marschierten in mechanischem Gleichschritt, bei dem durch die schweren Stiefel unerträglicher Staub aufgewirbelt wurde. Um die durch die Anstrengung und den Durst ermüdeten Mannschaften etwas anzuregen, ließ man sie singen, wenn die Musik verstummte, oder wenn diese zu weit entfernt war, um gehört zu werden. Es ertönte der laute Klang von Kriegsgesängen oder von sentimentalen Volksliedern. Von Zeit zu Zeit verstummte der Gesang, als ob er einschliefe. Man hörte dann das Stampfen der in gleichem Schritt Marschierenden und die schrillen Laute der Querpfeifen. Nach einigen Schritten begann eine einzelne Stimme, volltönig und quitklingend, das Lied wieder, und allmählich stimmten alle wieder in den unterbrochenen Gesang ein. Eine unverkennbare Auffrischung brachten den müden Soldaten die Lieder, die den Sängern die stille Erinnerung an die schönen Sonntage im fernen Heimatlande zurückriefen. Aber der Gesang hatte etwas Wehmütiges. Man fühlte, daß diese in strengster Disziplin herangebildeten Soldaten, die ihren Befehlshabern bis zur vollständigen Erschöpfung, bis ans Ende der Welt gefolgt wären, nur auf Befehl sangen.

Auf dem am Rande der Straße haltenden Wagen beobachtete die Familie Stockmann den Vorbeimarsch. Die Frauen hielten ihre Taschentücher vor das Gesicht, denn mit dem Staube stieg von der Straße ein unerträglicher Geruch auf, der von den geschmierten Stiefeln der Soldaten herrührte. Stockmann kam nicht aus der Wut heraus, daß er den ganzen Vorbeimarsch der Truppen abwarten müsse, ehe er nach Metz zurück könne. Er hörte nicht auf, gegen die Rücksichtslosigkeit dieser „Barbaren" zu schimpfen, die sich gebärdeten, als ob die Erde nur ihnen gehöre und alle Welt in sklavischer Unterwürfigkeit ihnen gehorchen müsse. (Forts. f.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050201-15/fragment/page=0001

meinen, direkten und geheimen Wahlrechts. 2. Außerhalb des Königsreichs Polen soll den polnischen Bürgern die volle Nutzung der politischen und nationalen Rechte gewährt werden. 3. In der Zwischenzeit vor der Einführung eines derartigen organischen Status für das Königreich Polen sollen folgende Gesetze erlassen werden: a) Einführung der polnischen Sprache in den Schulen, Aemtern und Gerichten; b) Abschaffung aller nationalen und religiösen Privilegien, insbesondere Gewährung der Freiheit des Kultus; c) Gleichberechtigung der Polen im ganzen Reiche; d) Vollständige Freiheit der Vereine, Versammlungen, der Rede und des Streikens; e) Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung; f) Amnestie für alle politischen Verbrechen; g) Autonomie der Land- und Stadtgemeinde; h) Allgemeine, obligatorische und kostenfreie Bildung für das Volk. Die Organisation trägt den Namen „Progressiv-Nationales Komitee".

Zu einem russischeenglischen Konflikt hat das Vorgehen der Kosaken in Warschau geführt. Es wird darüber berichtet:

Der britische Generalkonsul für Warschau, Kapitän Alexander Murray, und der britische Vizekonsul Fritz Muckuain besonden sich Sonnabend abend im Zentrum der Stadt in Ausübung ihres Berufs, als vier Kosaken die durchaus ruhige Straße entlang galoppierten; der vierte ritt gerade auf Murray zu, doch stürzte sein Pferd, ehe er den Generalkonsul erreichte, und dieser entkam unverletzt. Der Vizekonsul ging, vom spanischen Konsul kommend, die Marszałkowska entlang, als er von einer Abteilung Kosaken niedergeritten wurde. Zwei hieben mit den Säbeln auf ihn ein; er erhielt zwei schwere Wunden über das Gesicht und durch die Unterlippe und wurde blutriefend ins Krankenhaus geschafft. Der Kosaken-Offizier war betrunken. Der Generalkonsul telegraphierte den Vorfall sofort nach Petersburg. Von dort wird telegraphiert, daß der britische Botschafter die russische Regierung aufforderte, die Angelegenheit zu untersuchen und unterdessen dem britischen General-Konsul Schutz zu gewähren.

Nach einer anderen Meldung hat bis jetzt die russische Regierung kein Bedauern über die Angelegenheit ausgesprochen, was eine erregte Stimmung in der englischen Presse hervorrief. Die Zeitungen fordern die englische Regierung auf, eine sofortige Entschuldigung sowie Genugtuung von Rußland zu fordern, im Notfalle dieselbe mit Gewalt zu erzwingen. Die Daily Mail schlägt die Mobilisierung der englischen Flotte, sowie die Absendung eines Ultimatums an die russische Regierung vor.

In Saratow haben am Sonnabend alle Arbeiter und Angestellten der Pferdebahn die Arbeit eingestellt. Die Schüler der obersten Klassen des Gymnasiums und der Realschule weigerten sich gestern, an dem Unterrichte teilzunehmen. Nach Verlassen der Schulen wurden die Schüler durch eine Patrouille Kosaken mit Nagaiken geschlagen!! Abends fand eine Versammlung der Stadt- und Landschafts-Verordneten statt. Diese beschloß, eine Deputation zum Gouverneur zu senden, um diesen zu veranlassen, den Zwischenfall zu untersuchen, die Schuldigen zu bestrafen und die Schüler humaner zu behandeln.

In Homel (Gouvernement Mohilew) haben die Handwerker, Handelsgehilfen, Apothekergehilfen, Bankbeamten und Dienstboten die Arbeit eingestellt.

In Sebastopol, wo bekanntlich eine Matrosenrevolte stattfand, sind nicht weniger als 900 Personen verhaftet worden. Auch hier wird mit aller Brutalität ein Schreckensregiment der Militär- und Zivilbehörden durchgeführt.

In Batum wurde Fürst Jurielli, ein hoher Polizeibeamter auf offener Straße erschossen.

In Riga ist die Erregung ebenfalls groß. Nach einer Meldung des B. T. wird in keiner einzigen Aluminium-Fabrik gearbeitet, die elektrische Bahn mußte den Betrieb einstellen, weil die Wagen demoliert wurden, nicht einmal die Fuhrwerke verkehren. Sonnabend abend sind etwa 60 Menschen erschossen und über hundert verwundet worden.

Sympathie für den Zarismus in diesen Tagen zu bekunden, bleibt zum Glück einigen wenigen Knechtsseelen vorbehalten. Während die internationale Arbeiterschaft, ihrem Kulturgewissen treu, mit ihrem Abscheu vor dem Zarismus nicht zurückhält, hört man hier und da von Sympathie-Brutalitäten amtlicher Organe.

Die französischen Arbeiter haben bereits Tausende von Franks für die unglücklichen Familien der hingemordeten russischen Brüder gesammelt, in der Schweiz wird fleißig für den Revolutionsfonds gesteuert, die Freunde Luise Michels haben einen aus den Sammlungen für die Bestattung der roten Jungfrau verbliebenen Rest von 1546 Franks zur Agitation gegen den Zarismus bestimmt. Die elenden Büttel des Pariser Polizei-Präfekten Lépine aber hatten die Dreistigkeit, zuerst die Anschläge abzureißen, die die Arbeiter von Paris zu einer großen Protest-Versammlung gegen den Zarismus einluden, dann gar am vergangenen Freitag in der trotzdem abgehaltenen Versammlung ärger als die Kosaken zu wüten. Kleine Störungen, wie das Anstimmen der Internationale, dessen sich drei Mann schuldig machten, gaben ihnen den gewünschten Anlaß, mit ihren Säbeln dreinzuhauen und eine Anzahl Versammlungs-Besucher schwer zu verletzen! Eine neue Riesen-Versammlung ist einberufen, die nun nicht nur gegen die russischen sondern auch gegen die Pariser Zaristen zu protestieren haben wird! Sollte der durch seine Nervosität sprichwörtlich gewordene Herr Lépine seine Schergen wieder dreinhauen lassen? — Herr Delcassé ist ihm ja im Parlament mit seiner Sympthie-Erklärung für die russischen Menschen-Schlächter als leuchtendes Beispiel vorangegangen.

Auch der Herr Polizeidirektor von Krakau fühlt sich berufen, russische Vorsehung zu spielen: Eine von den Sozialdemokraten einberufene Versammlung mit dem Thema „Die Revolution in Rußland und die Sozialdemokratie" hat er verboten.

In England werden Geldsammlungen für die Opfer des Petersburger Blutsonntags veranstaltet.

Das Schicksal Maxim Gorkis bildet das Thema einer außerordentlichen Versammlung, die der Verein Berliner Presse für Mittwoch einberufen hat. Ob die Herren von der bürgerlichen Presse dort schärfere Töne finden werden als in dem öffentlichen Aufruf, der einfach ein unwürdiges Gnadengesuch für einen „sympathischen und talentvollen Dichter" ist, steht noch dahin. Die unsympathische Talentlosigkeit, die der Verfasser jenes Aufrufs zeigte, kann unmöglich der Grundton der geplanten Versammlung werden, wenn sich nicht Deutschland wieder einmal vor einem freien Auslande schämen soll!

Auch in Wien hat sich ein Schriftstellerkomitee gebildet, das für die Befreiung Maxim Gorkis eintreten will.

Keine militärischen Maßnahmen Oestreichs an der russischen Grenze. In der gestrigen Sitzung des östreichischen Abgeordnetenhauses dementierte Ministerpräsident Gautsch kategorisch alle Gerüchte, daß laut Vereinbarung mit Rußland östreichisches Militär behufs Herstellung der Ruhe in den russischen Grenzprovinzen intervenieren werde.

Die deutsche Regierung hat sich bis jetzt noch nicht veranlaßt gesehen, den immer wieder auftauchenden Nachrichten von militärischen Maßnahmen an der deutsch-russischen Grenze entgegenzutreten.

Die Dynastie Trepow. Der Frankf. Zeitung wird geschrieben: Die Ernennung des General Trepow zum Generalgouverneur oder mit anderen Worten zum Diktator Petersburgs ist ein Ereignis, das wegen der mannigfachen Streiflichter, die es auf russische Verhältnisse wirft, ein besonderes Interesse darbietet. In der ersten Hälfte des verflossenen Jahrhunderts wurde Petersburg von Generalgouverneuren regiert, unter denen vielleicht Graf Peter Ludwig Pahlen der bekannteste ist, da er das Haupt der Verschwörung gegen Paul I. war. Im Anfange der 60er Jahre hatte aber der Schuß, den Karakozow abgefeuert hatte, im Gemüte des Kaisers Alexander II. die Ueberzeugung hervorgerufen, daß ein Generalgouverneur keine genügenden Garantien für seine, des Kaisers, persönliche Sicherheit darbiete. Statt energisch an den für Rußland so nötigen Reformen weiterzuarbeiten, enthob man den Generalgouverneur Fürst Suwarow seines Postens und konzentrierte die höchste Gewalt in den Händen zweier Polizei-Spezialisten: des Grafen Schuwalow, Chefs der dritten Abteilung, und des Generals Trepow, Polizeimeisters von Petersburg. Trepow, oder richtiger Trepphof, war, wie Zeitgenossen behaupten, deutscher Abkunft. Eine deutsche Dame adoptierte das Findelkind und nannte es Trepphof, da es auf der Hintertreppe, die vom Hof zu ihrer Wohnung führte, gefunden war. Trotz dieser obskuren Herkunft brachte es Trepphof bis zum Polizeimeister von Warschau, und da er hier unter dem Statthalter Berg sich an der Bekämpfung des Aufstandes mit eiserner Strenge beteiligt hatte, wurde er aufs wärmste in Petersburg empfohlen. Dieser Empfehlung machte er auch gewissermaßen Ehre, indem er Ordnung in die Augiasställe der Residenz brachte. Auch bereicherte er sich nicht wie seine Vorgänger Galachow und Kakoschkin, welch' letzterer in der hohen Gesellschaft den Spitznamen „Cachecoquin" führte. Seine Brutalität gegen die unglücklichen politischen Gefangenen brachte ihn aber ganz unerwartet zu Falle. Den 13. Juli 1877 ließ er Bogoljubow, der zu dieser letzteren Kategorie gehörte, im Gefängnisse peitschen und eine Anzahl von dessen Kollegen in Löcher setzen, aus welchen die Extremente nicht herausgetragen wurden, und wo die Temperatur 30 Grad erreichte. Ein halbes Jahr später feuerte Wera Sassulitsch auf ihn den Schuß ab, der gleichsam das Signal zu der langen Reihe aufregender Ereignisse gab, an welchen seither die Geschichte Rußlands so reich gewesen ist und die heute in der Ernennung des jüngeren Trepow zum Diktator Petersburgs leider nicht einen friedlichen Abschluß, sondern nur eine weitere Fortsetzung gefunden haben, die noch reich an merkwürdigen Ueberraschungen sein dürfte

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 31. Januar 1905.

Der Reichstag

saß am Montag über die Kolonialpolitik zu Gericht, die in Südwestafrika so herrliche Früchte gezeitigt hatte. Mit Ach und Krach hat sich die Regierung dazu bequemt, für die verfassungswidrigen Ausgaben, die sie nicht der Not sondern dem eigenen absolutistischen Drange folgend sich geleistet hatte, die Indemnität beim Reichstage nachzusuchen. Und natürlich waren alle bürgerlichen Parteien mit Freuden bereit, diese Indemnität zu bewilligen, freuten sich wohl gar des Sieges, den sie im Namen der Parlamentsrechte über die Regierung erfochten hatten. Der Liberalismus bis in die Reihen der früher einmal Unentwegten von Eugen hinein erwies aufs neue seine heillose Rückenmarksschwindsucht: bezeichnenderweise betonte von allen bürgerlichen Fraktionsrednern am energischsten neben dem Polen ein Konservativer, Herr v. Staudy, das Budgetrecht des Reichstages; die Agrarier, die freilich auch für die Kolonialpolitik nicht allzu begeistert sind, haben jedenfalls ein stärkeres Rückgrat, als die Herren Liberalen.

Der äußere Verlauf der Sitzung war folgender: in recht belanglosen Worten ersuchte Reichsschatzsekretär v. Stengel den Reichstag um Gewährung der Indemnität. Dann hielt Fürst Arenberg, der Zentrumskolonialpolitiker, ein herzlich schlechtes Referat, das den dringenden Wunsch nach schriftlichen Berichten wachrief. In glänzender Rede geißelte alsdann Genosse Bebel das ganze System der Kolonialpolitik, das mit seinen Arenberg und Kossak, seinem unbotmäßigen Distriktschefs, seiner Rechtlosmachung der Eingeborenen den furchtbaren Aufstand verschuldet hat. — Die beiden Regierungsvertreter, der freiwillige Kommissar Dr. Arendt und der amtliche Kommissar und Kolonialdirektor Dr. Stübel, versuchten Erwiderungen, Beschönigungen, Bemäntelungen, die herzlich schwach ausfielen. Dann beteten die Vertreter der bürgerlichen Parteien, v. Staudy, Dr. Spahn, Schrader, Dr. Müller-Sagan ihr Sprüchlein her, sie alle und mehr noch als sie Dr. Paasche zeigten sich hochbegeistert über das Indemnitätsgesuch der Regierung. Dr. Müller-Sagan vergaß zu erwähnen, daß sein Meister Eugen Richter es gewesen, der 1900 in der Freisinnigen Zeitung die damalige Nichteinberufung des Reichstages (bei den Chinawirren) beschönigt hatte. Nur der Pole Graf Mielzynski schwang sich zur entüchtenen Versagung der Indemnität auf. Nachdem Genosse Südekum die Verfassungswidrigkeit des Vorgehens der Regierung unumstößlich festgestellt und Bebel noch einmal in feuriger Rede die Kolonialgreuel verurteilt hatte, apportierte die gehorsame Manchestermehrheit des Reichstages dem Kanzler die geforderte Ermächtigung zu weiteren Eingriffen ins Budgetrecht, die den schönen Namen — Indemnität führt.

Am Dienstag: Reichsamt des Innern nebst der Resolution unserer Fraktion über die Vorgänge im Ruhrrevier.

Preußischer Landtag.

Im Abgeordnetenhause sollten die Anträge des Zentrums und der Nationalliberalen auf Untersuchung der Bergarbeiterverhältnisse unter Hinzuziehung des Parlaments verhandelt werden. Es kam aber nicht dazu, weil der Minister eine Erklärung über die angekündigte Novelle zum Berggesetz abgab. Der Minister stellte die Einbringung der Vorlage für die nächsten Wochen in Aussicht. Er bat das Haus aber, die Regierung nicht zu drängen und deshalb im gegenwärtigen Augenblick von der Beratung abzusehen. Der Minister meinte, die Vorlage solle die wesentlichen Beschwerdepunkte der Bergleute gesetzlich regeln und bedauerte, daß die Arbeiter trotz dieser Versicherung noch nicht zu bewegen seien, zur Arbeit zurückzukehren. Diese Ansicht scheint uns doch mehr als naiv. Einmal wissen die Bergarbeiter trotz der Versicherung des Ministers nicht, wie die Vorlage ausschauen wird. Selbst wenn aber der Gesetzentwurf die Erfüllung der wesentlichen Beschwerdepunkte bringen wird, so bleibt es doch mehr als zweifelhaft, ob sich im Junkerparlament eine Mehrheit dafür finden wird.

Nach der Zurückziehung der beiden Anträge wurde die Beratung des Etats der Justizverwaltung vorgenommen. Die Redner aller Parteien sprachen ihr Bedauern über den noch immer herrschenden Mangel an Richtern aus, wenn sie auch zugaben, daß in den letzten Jahren und im neuen Etat eine stärkere Vermehrung der Richterstellen stattgefunden hat.

Von den freisinnigen Abgeordneten Peltasohn und Cassel wurde eine Reform des Strafvollzugs dringend befürwortet. Der polnische Abgeordnete Dr. v. Mizerski führte Klagen über parteiische Rechtsprechung in den Ostmarken und berief sich dabei auf Aeußerungen, die der Abg. Lenzmann im Reichstag getan hat. Der Minister antwortete in längeren Ausführungen auf die zahlreichen Bemängelungen. Die polnischen Beschwerden bezeichnete er als vollkommen ungerechtfertigt, dagegen gab er die Notwendigkeit der Vermehrung der Richterstellen auch für die Zukunft zu. Schließlich machte er Mitteilung von einem Erlaß an die Staatsanwälte, worin er ihnen die Verhängung von Untersuchungshaft nur nach sorgsamster Erwägung zur Pflicht gemacht hat.

Eine bemerkenswerte Episode spielte sich gegen Schluß der Sitzung ab. Der freisinnige Abg. Gyerling nahm Veranlassung, auf die differentielle Behandlung der Juden im Justizdienst hinzuweisen. Er stellte fest, daß kein Jude Staatsanwalt sei und nur sehr wenige Juden in höhere Richterstellen aufrücken. Dieses System der differentiellen Behandlung sei aber verfassungswidrig. Der Minister lehnte ein Eingehen auf die Frage mit der Bemerkung ab, daß die Ernennung von Richtern ein Recht des Königs sei.

Heute wird die Debatte fortgesetzt.

Ueber die Handelsverträge

liegen angesichts der großen Weltereignisse nur verhältnismäßig wenige und meist kurz gehaltene Preßäußerungen vor. Aber auch diese dürfen angesichts der ungeheuren Bedeutung, die die Verträge für die wirtschaftliche wie politische Zukunft Deutschlands haben, nicht übersehen werden, soweit sie von Belang sind.

So muß die Nationalzeitung mit Beklemmung bekennen:

Die vorläufigen Veröffentlichungen über die neuen Handelsverträge sind nicht so sehr eine „sachliche Darstellung des wesentlichsten Inhalts" ... sondern eigentlich ein Plaidoyer usw. ein Plaidoyer auf mildernde Umstände.

Die einst viel gepriesenen schweren Rüstungen, in die sich die Staaten vor Eintritt in die Handelsvertragsverhandlungen gesteckt hatten, haben sich als recht unbequeme Kleidung erwiesen. ... Das Plaidoyer ... ist auf den Grundton gestimmt: „... die Pille, die von der Industrie geschluckt werden muß, ist nicht so bitter geworden, wie sie schlimmstenfalls hätte werden können ...." Der Charakter der neuen Verträge ist durch und durch agrarisch.

Was freilich die nationalliberale Partei nicht hindern wird, die bittere Pille zu schlucken und „durch und durch agrarischen Verträgen" zu einer Mehrheit im Reichstage zu verhelfen!

Die Nordd. Allgem. Ztg. setzt in ihrer letzten Nummer ihre Veröffentlichungen über die neuen Handelsverträge fort und gibt einen Ueberblick über die Veränderungen, die sich aus den neuen Handelsverträgen für den deutschen Zolltarif ergeben. So sind in den Verträgen mit Rußland, Rumänien, Serbien und Oestreich-Ungarn die Zollsätze für Roggen (Nr. 1 des allgemeinen Tarifs) und Hafer (Nr. 4) auf 5 Mk. für einen Doppelzentner, derjenige für Weizen und Spelz (Nr. 2) auf 5.50 Mk., und der für Malzgerste (aus Nr. 3) auf 4 Mk. für einen Doppelzentner festgesetzt worden. In dem mit Rußland geschlossenen Vertrage und weiterhin auch in demjenigen mit Rumänien und Serbien ist der Zollsatz für Gerste mit Ausnahme der Malzgerste auf 1.30 Mk. für einen Doppelzentner, somit um —.70 Mk. niedriger, als zur Zeit vereinbart worden. Des weiteren wird eine Tabelle für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse betr. den neuen Handelsvertrag mit Oestreich-Ungarn veröffentlicht.

Wegen Kaiserbeleidigung ist vom Landgerichte Essen (R.) die verehel. Theresia Moos in Horstermscher zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Ihre Revision wurde vom Reichsgerichte verworfen.

Die Forderung des Großherzogs von Mecklenburg, ihm seinen Gehalt zu erhöhen, ist nun zum dritten Male beim mecklenburgischen Landtage eingebracht worden. Diesmal hat der Herzog ein wenig mehr Glück gehabt. Bei der ersten Lesung und bei der zweiten lehnte die Landschaft glatt ab, während die Ritterschaft Ja sagte. In der dritten Lesung schlug die vorberatende Kommission einstimmig vor, einen Zuschuß zur Renterei von 384 000 Mk. auf 3 Jahre zu bewilligen. Die „Landschaft" (Bürgermeister) nahm diesen Vorschlag unter der Erwartung an, daß bei künftiger Weiterforderung eines Landeszuschusses eine Mitwirkung beim Renterei-Etat gewährt wird. Die Ritterschaft behielt sich ihre Erklärung vor. Daß sie höchstens wegen der Mitwirkung beim Etat Nein sagen wird, läßt sich denken.

Die neueste Verlustliste aus Südwestafrika meldet: An innerer Verblutung gestorben: Reiter König. An Gelenk-Rheumatismus und Skorbut gestorben: Reiter Böhm. An Typhus, Ruhr und Skorbut gestorben: Reiter Jungkind.

Ein Leutnant vor dem Kriegsgericht. Das Kriegsgericht in Glogau verurteilte den Leutnant von Specht aus Jauer, einen Sohn des Generalmajors von Specht in Groß-Lichterfelde, wegen Ueberschreitens des Urlaubes von mehr als sieben Tagen zu drei Monaten Gefängnis und Dienstentlassung. Die Verhandlung und die Verlesung der Urteilsgründe fanden unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Ausland.

Frankreich. Die Blamage der Russen in der Hull-Kommission wird immer größer, je mehr Zeugen vernommen werden. Es stellt sich immer deutlicher heraus, daß der brave Don Quichotte, der einst gegen Windmühlen focht, ein Muster von Besonnenheit war gegen Herrn Admiral Roschdjestwensky. Die Zeugen, simple Fischer, ein Schiffsarzt usw., sagen übereinstimmend aus, daß von der Anwesenheit von Japanern in der betreffenden Nacht (oder vorher) nicht die Rede sein könne. Geradezu lächerlich wirkt es, daß der Vertreter Rußlands in der Kommission sich trotz alledem Mühe gibt, den Hirngespinsten des russischen Don Quichotte zum Leben zu verhelfen! Bis jetzt sind 12 Zeugen vernommen, von denen auch nicht einer im russischen Sinne auszusagen vermochte. England wird in einer der nächsten Sitzungen mit Beweis stellen, daß zwei russische Agenten versucht haben, in Hull Zeugen zu werben, die für Rußland günstig aussagen sollten!

England. Vom Elend in London gehen immer mehr betrübende Nachrichten ein. In der Riesenstadt sind im Verlaufe eines Jahres nach amtlicher Statistik 39 Personen buchstäblich Hungertodes gestorben. Man hat ferner konstatiert, daß 122 000 Londoner Kinder Morgen für Morgen in die Schule kommen, ohne vorher ein Frühstück genossen zu haben! —

Der Arbeiter-Kongreß zu Liverpool, von dem wir in den nächsten Tagen zu berichten haben werden, wird sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit und den damit zusammenhängenden Problemen eingehend beschäftigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050201-15/fragment/page=0002

Stadtverordneten-Sitzung

vom 30. Januar 1905, nachmittags 4 Uhr.

Vorsteher: Professor Dittenberger.

Unter den Eingängen befindet sich die Petition des Volksbildungsvereins betreffend einen laufenden jährlichen Zuschuß aus städtischen Mitteln. Die Petition wird der Finanzkommission überwiesen. Ebenfalls der Finanzkommission überwiesen wird die Petition der Beamten, Klasse 1b, bezüglich Erhöhung des Anfangs- und Endgehalts.

Die Entlastungen der Rechnungen der Gottesackerkasse für 1902 und des Neubaues der Straße durch den Moritzburggraben werden erteilt.

Die Hebung der Flutbrücke und der Bau einer Treppe an der Saalebrücke in den Pulverweiden hat sich nötig gemacht da sich die Säulenfundamente der sechs eisernen Mittelstützen nicht gleichmäßig gesetzt haben. Der Magistrat und die berufenen Kommissionen wollen 1500 M. zur Hebung verwenden, und der Referent Grote will, um die Festigkeit der Brücke prüfen zu können, ein Bataillon Truppen — die Genehmigung dazu vorausgesetzt — hinübergeführt wissen.

Stadtv. Neck bestätigt, daß eine derartige „mobile Belastung" die sicherste Prüfungsmethode sei. Im übrigen brauche die Senkung der eisernen Stützen nicht allzu sehr zu beunruhigen. Durch Unterlegen von Platten sei der Schaden zu heilen. Die Brücke büße dadurch an Sicherheit nichts ein sondern leide dann nur an einem Schönheitsfehler.

Stadtv. Thiele stellt dem Magistrat anheim, die so eilig nach dem früheren Stadtbaurat Genzmer genannte Brücke derart umzutaufen, daß auch die Tatsache der schnellen Senkung im Namen zum Ausdruck gelange. (Heiterkeit.)

Stadtv. Krüger bedauert, daß die Stadt hier wieder für Zahlungen bluten soll, die sie nicht verschuldet hat. Er und sein Freund Osterburg haben früher schon auf vorhandene Mängel des Baugrundes hingewiesen; am Bau sei damals wohl der Maurermeister Risse beteiligt gewesen. Man möge einmal nachforschen, wer für den Schaden haftbar gemacht werden könne. (Zustimmung.) — Die Versammlung bewilligt aber die geforderten 1500 M.

Die Nachbewilligung für Wasserverbrauch des Rittergutes Beesen — es wurden 600 M. verlangt — führte zu längeren Auseinandersetzungen.

Da Stadtrat Winter früher einmal bezweifelt hat, ob die Stadt zur Zahlung der Wasserlieferungen vertraglich verpflichtet sei, wendet sich Stadtv. Thiele mit aller Entschiedenheit gegen die Nachbewilligung. Stadtrat Walger erklärt, die Stadt sei vertraglich verpflichtet die 600 M. zu zahlen. Ein in dem Vertrage vorgesehenes Schiedsgericht — agrarische Sachverständige — habe sich bisher nicht finden lassen, um in der Sache ein Urteil zu fällen.

Stadtv. Grote erklärt, der Stadtv. Thiele habe ganz recht, aber nach dem Vertrage seien wir zur Zahlung verpflichtet; ein Vertreter der Stadt im Schiedsgericht habe sich nicht finden lassen, da laut Vertrag als Schiedsrichter nur Gutsbesitzer mit wenigstens 200 Hektar Besitz und einem Wohnsitze im Reg. Bez. Merseburg fungieren dürfen. Bisher hätten alle Herren, an die der Magistrat sich gewendet, abgelehnt.

Stadtv. Thiele: Die vorliegende Sache beweist wieder einmal, mit welcher merkwürdigen Sorglosigkeit Verträge der Stadt abgefaßt werden. Herrn Stadtrat Walger treffe ja diesbezüglich kein Vorwurf, aber jedenfalls sei der Syndikus der Stadt, Herr Winter, dafür verantwortlich zu machen. Daß sich kein Vertreter der Stadt im Schiedsgericht gefunden hat, sei sehr begreiflich; denn hacke schon eine Krähe der andern kein Auge aus, so tue erst recht ein Agrarier dem anderen nichts zu leide. Herr Handt zahlt jetzt 9000 Mk. weniger Pacht als bis vor zwei Jahren, 20000 gegen 29000 Mark. Das Kollegium möge die Nachbewilligung ablehnen und dem Pächter Handt schließlich das Wasser entziehen; dann müsse er klagen, und die Rechtslage sei dann schnell geklärt.

Oberbürgermeister Staude wünscht, daß die von der Stadt geschlossenen Verträge gehalten werden; es gehe doch nicht an, Verträge zu brechen. Den Vertrag habe der verstorbene Stadtrat Reißner abgefaßt und das Kollegium habe auch die Genehmigung dazu erteilt.

Stadtv. Krüger: Das „Oberhaupt der Stadt" hüllt sich wieder einmal in das Gewand der Ehrbarkeit und sagt, das Kollegium solle nicht vertragsbrüchig werden. Die Sache liegt doch aber so, daß wir eben die Verpflichtung der Stadt auf Gratislieferung des Wassers bestreiten. Die Molkerei, die den um 600 Mk. vermehrten Wasserverbrauch erforderlich macht ist erst nach dem Abschluß des Vertrages errichtet worden, sonach kann die Stadt zur Wasserversorgung (gratis) gar nicht verpflichtet sein. Wenn die Unmöglichkeit dargelegt ist, ein Schiedsgericht zusammen zu bekommen, dann muß die Sache dem ordentlichen Gericht zur Entscheidung überwiesen werden.

Die Versammlung bewilligt aber die geforderten 600 Mark gegen die sozialdemokratischen und einige bürgerliche Stimmen.

Dem Landverkauf, Ecke Reilstraße und Angerweg, zum Hennigschen Grundstück wird zugestimmt. Hennig hat 50 qm für je 20 Mark zu erwerben.

Bauliche Veränderungen im Grundstück Marktplatz 9 werden genehmigt.

Der Instandsetzung des Kohnschen Ladens im Rathause wird bei 770 Mark Kosten zugestimmt.

Bei Verlängerung des Vertrages wegen Vermietung der Talgschmelze fragt Stadtv. Thiele, welche Gründe maßgebend gewesen sind, daß die Talgschmelze seitens der Stadt nicht in eigener Regie übernommen wird. Die Fleischerinnung hat den Pachtpreis von 2076 Mk. auf 3500 Mk. erhöht; das Geschäft ist also recht vorteilhaft. Auch der Pachtpreis von 3500 Mk. erscheine noch als gering.

Stadtrat Dr. Busch: Die Frage nach Uebernahme der Talgschmelze in eigene Regie ist schwer zu beantworten. Es könnte ja einmal Umtrage gehalten und Material gesammelt werden. Jedenfalls sei es jetzt nicht angebracht, die Talgschmelze der Innung zu nehmen.

Stadtv. Kobert spricht gegen die Uebernahme in eigener Regie und sagt, die Stadt würde Kopf und Kragen bei Uebernahme der Talgschmelze in eigener Regie zusetzen. (Stadtv. Thiele: „Da ist Ihr Kopf nicht sehr teuer." Große Heiterkeit.) In der Talgschmelze muß ein Sachkenner sein, da können wir keinen Beamten hinstellen.

Stadtv. Krüger: Nach der Logik des Herrn Kobert scheint ein Fleischermeister, wenn er als städtischer Beamter die Geschäfte der Talgschmelze zu führen hat, auf einmal zu vergessen, was er bis dahin gelernt hat. — Das Kollegium stimmt der Vermietung zu.

Ueber die Prozesse, die gegenwärtig gegen die Stadtgemeinde schweben, referierte Stadtv. Föhring.

Es sind weit über ein Dutzend solcher Prozesse. Unter ihnen interessieren namentlich die des früheren Brückenpächters Specht und des städtischen Meldeschreibers Dube. Der Spechtsche Prozeß ist endgiltig für die Stadt verloren und kostet nach Meinung des Herrn Grote an 10000 M., die von der Stadt zu bezahlen sind.

Oberbürgermeister Staude und Vorsteher Prof. Dittenberger wünschen, es möchte nicht auf die noch nicht entschiedenen Prozesse eingegangenen werden, damit nicht etwa den Prozeßgegnern der Stadt durch die Debatten Stoff gegeben würde.

Stadtv. Grote: Ich habe seinerzeit sofort Herrn Genzmer und Herrn Rehorst darauf aufmerksam gemacht, daß der Eisenkopf auf dem Brückenhäuschen falsch angelegt sei. Nun haben wir zu zahlen. Man sollte den Schornsteinkopf im städtischen Museum aufstellen; zweifellos wäre er das kostbarste Stück der ganzen Sammlung. (Heiterkeit.)

Stadtbaurat Rehorst gibt zu, daß die Heizanlage im Brückenhäuschen mangelhaft war. Aber am Schornsteinkopf allein liege der Fehler nicht. Es mußte lange probiert werden, bis die Mängel abgestellt waren. Schornsteinköpfe, wie der an der Weißenfelserbrücke, seien in Süddeutschland allgemein üblich. Einen Teil der Schuld trage auch Herr Specht, der die zur Besichtigung und Reparatur hingesandten Klempner erst gar nicht ins Haus gelassen hat. Auch ihn selbst habe Specht einmal bei Besichtigung des Häuschens beleidigt.

Stadtv. Thiele: Die Besprechung der von der Stadt geführten Prozesse kann recht wohl in voller Oeffentlichkeit erfolgen; werden sie doch selbst öffentlich geführt. Daß ein Verwaltungskörper wie die Stadt Halle nicht ganz ohne Prozesse auskommen kann, mag zugegeben werden. Aber eine ganze Reihe der bekannt gegebenen Prozesse konnten vermieden oder in einem früheren Stadium durch Vergleich beendet werden. Im Prozeß Specht sind dessen Forderungen anfangs schroff abgewiesen und er ist dadurch erst zum Prozeß gezwungen worden. Jetzt kostet uns die Geschichte Tausende von Mark. Nicht ins Museum, wie Herr Grote will, sollte man den Eisenkopf setzen, sondern auf den Beratungstisch des Magistrats, damit er bei jedem seiner Beschlüsse an die große Verantwortlichkeit erinnert wird. Und wir Stadtverordneten wollen daraus die Lehre ziehen, daß wir nicht so leicht auf Vorschläge des Magistrats eingehen, denn das Kollegium hat den Prozeß gutgeheißen. — Ganz und gar unwürdig der Stadt ist es jedoch, daß die Stadt im Prozeß Dube als Hausknecht für die Versicherungsgesellschaft Atlas den Prozeß hat führen müssen. Eine solche entwürdigende Bestimmung muß unbedingt aus dem Vertrage heraus. Mag die Gesellschaft selbst klagen, wenn sie glaubt, zu Unrecht in Anspruch genommen zu werden.

Nach weiterer Debatte wird die Angelegenheit durch Kenntnisnahme erledigt.

Bei dem Haushaltsplan des Leihamtes für 1905, das vom Stadtv. Aßmann vorgetragen wird, moniert Stadtv. Osterburg, daß der Magistrat einem Antrage des Kollegiums, städtische Druckarbeiten nur in tariftreuen Druckereien anfertigen zu lassen, nicht nachgekommen ist. Bemerkenswert sei, daß man erst so hinten herum von der Weigerung des Magistrats Kenntnis erhalten habe. In einem Punkte, in dem viele Regierungen, Behörden und Kommunen den Arbeitern entgegenkommen, leiste der Hallesche Magistrat Widerstand. Mit solch sozialpolitischer Rückständigkeit müsse gebrochen werden, und der Magistrat möge einmal Auskunft darüber geben, wie er dazu komme, Beschlüssen des Kollegiums nicht beizutreten.

Der Magistrat schwieg. Der Haushaltsplan wurde genehmigt.

Bei dem Kap. Haushaltsplan „Schulwesen" kam es zu längeren Auseinandersetzungen zwischen den Stadtverordneten Bangert und Thiele und Krüger. Ersterer verlangte noch weitere Konzessionen für das Stadtgymnasium. Stadtv. Thiele wies aber darauf hin, daß das Gymnasium einen Jahreszuschuß von 85000 M. erfordere, das macht auf den Kopf des Schülers 107 M. Da erscheine wohl eher eine Erhöhung des Schulgeldes neben Vermehrung der Freistellen angebracht. Stadtv. Krüger bemerkt, daß das Schulgeld einigen Herren, die ihre Söhne nach dem Gymnasium schicken, wohl hoch erscheinen möge. Die in Schulgeld angelegten Mittel tragen aber für die Kinder gute Zinsen; denn es sei jedenfalls gutsituierten Eltern sehr wichtig, daß die später von solchen Kindern besetzten Stellen hoch dotiert werden. Der Weg dazu werde ihnen aber geebnet auf Kosten der Allgemeinheit, somit auch durch Arbeitergroschen, indem ihnen so unverhältnismäßig hohe Zuschüsse zugebilligt werden.

Nachdem die Haushaltspläne für das Stadtgymnasium, die Oberrealschule und die höhere Mädchenschule gutgeheißen waren, wurde die öffentliche Sitzung abgebrochen.

Für die streikenden Bergarbeiter:

Halle a. S. Gewerkschaftskartell Querfurt 10.—, Ungenannt 1.—, Dachdeckerverband Querfurt 20.—, weil Karl dumm ist 8.35, Maurer und Bauarbeiter am Schweleret-Neubau in Tackau durch W. Otto 21.30, Holzarbeiterverband Kelbra 10.—, Gesangverein Frohsinn Kelbra 3.—, Nebraer Genossen 7.10, Versammlung in Lübejün 7.40, ein paar Porzellanarbeiter in Lettin 2.55, Mechaniker-Gehilfen der Firma Wenkel 6.66, durch Seydewitz 1.30, Stellmachergesellen-Verein Halle 13.65, Verband der Gärtner Halle 10.—, durch Wille am Biertisch in Kl.-Kugel und Naundorf 7.40, Arbeiter der Firma Sachse u. Comp. 4.30, ein Freund der Arbeiter 5.—, rote Hochzeit durch Ferd. Angermann 1.87, fröhliche Hochzeit A. R. durch W. Otto-Teuchern 2.50, Maurerverband Schkeuditz 100.—, Arbeiterbildungs-Verein Halle, 2. Rate 50.—, Ueberschuß v. Familienabend des A.-B.-V. Halle im Konzerthaus 40.30, weil Schani nicht jodeln sollte am Stammtisch im Weißen Roß 2.60, Maschinisten- und Heizerverband Halle 50.—, Ueberschuß vom Weihnachtsvergnügen des Böttcherverbandes Halle 2.45 Mark. M. Güldenberg.

Auf Listen ist abgeliefert: Nr. 54 3.50, 129 0.60, 130 8.50, 131 4.40, 132 5.55, 170 8.20, 301 36.—, 337 11.35, 269 0.50, 263 leer, 152 3.—, 264 4.60, 151 5.40, 164 2.—, 265 12.45, 266 0.60, 148 16.20, 146 4.55, 267 3.—, 270 4.40, 161 3.—, 165 4.20, 162 2.75, 150 9.95, 155 9.45, 159 1.—, 158 5.50, 154 leer, 153 13.20, 156 6.60, 157 7.70, 214 2.05, 149 11.05, 219 21.75, 319 18.—, 360 (in der Schmidtschen Fabrik gesammelt) 10.85 Mark.

Aus Lübejün gingen auf nachstehende Listen folgende Beträge ein: Nr. 106 6.60, 107 10.15, 108 6.95 Mark.

Insgesamt 1626.04 Mark.

Die noch ausstehenden Listen bitte bald gefl. abzuliefern.

G. Gerig.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Grosser

Räumungs-Ausverkauf.

ca. 12000 Meter schwarze Kleiderstoffe.

Besonders empfehle:

Schwarze Fantasiestoffe das Meter 60 u. 95 Pf. | Reinwoll. Cheviot, 110 cm br. das Meter 0.85 u. 1.25.

Reinwoll. Natté d. Meter 75 u. 100 Pf. | Mohair, prima Qualität das Meter 0.95 u. 1.35.

ca. 12500 Meter Ball- und Gesellschafts-Stoffe

Besonders empfehle:

Glatte Ballstoffe in allen Lichtfarben, Mtr. 45, 75 Pf. u. 1.25. | Fantasie-Stoffe mit seidenartigen Effekten, das Meter 80 Pf. u. 1.25.

Fantasie-Stoffe das Meter 50 u. 75 Pf. | Volle, ganz Wolle, das Meter 60 Pf.

ca. 43000 Stück Handtücher u. Tischtücher.

Drell- und Jacquard-Handtücher, nur vorzügliche, bestbewährte Qualitäten, extra breit, 25, 40, 45 Pf. und höher.

Jacquard-Tischtücher nur erstklassige Fabrikate in allen Grössen. Stück 80 Pf., M. 1.60 und 2.00 und höher

ca. 3150 Dutzend Herren- Damen- u. Kinder- Taschentücher.

Besonders empfehle;

Weisse Taschentücher rein Leinen Dtzd. 2.10, 2.75, 3.50 | Batist-Taschentücher m. Hohlsaum Dutzend M. 1.30.

Damen-Taschentücher mit bunt. Bordüre Dutzend 1.00 M. | Damen-Taschent. m. eleg. farb. Bordüren Dtz. 1.65, 2.50 u. 3.50.

ca. 16000 Meter Englische Tüll-Gardinen.

Besonders empfehle zwei Hauptqualitäten:

das Meter 48 Pf. Regulärer Preis das Meter 95 Pf. | Abgepasst: 4.50 das Fenster M. Regulärer Preis Fenster M. 7.50.

ca. 24000 Stück Herren- Damen- u. Kinder- Wäsche.

Nur erstklassige Qualitäten, bestehend aus feinsten Damen-Tag- und Nacht-Hemden mit Madeira-Stickereien, ferner feinsten Beinkleidern, Piqué-Jacken und Röcken, Herren- und Kinder-Wäsche etc.

zu enorm billigen Preisen.

Geschäftshaus J. Lewin Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050201-15/fragment/page=0003

Wegen bevorstehender

Geschäftsverlegung

grosser Räumungs-Ausverkauf

zu fabelhaft billigen Preisen.

Burghardt & Becher

Deutschlands größtes Spezialgeschäft.

Leipzigerstraße am Turm.
Fernsprecher 1226

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Vom 1. April d. J. ab befindet sich unser Hauptgeschäft in unserem Grundstück
Leipzigerstraße 10.

Gewerkschaftskartell Halle a. S.

Freitag den 3. Februar 1905 abends 8½ Uhr im „Weißen Roß", Geiststraße 5

Sitzung.

Tagesordnung:

1. Eingänge und Mitteilungen.
2. Berichterstattung von der Kartellkonferenz in Magdeburg.
3. Gewerkschaftsversammlung.
4. Streiks und Lohnbewegungen.
5. Verschiedenes.

Zahlreichem und pünktlichen Erscheinen der Delegierten sieht entgegen
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein Weißenfels.

Donnerstag den 2. Februar abends 8 Uhr in der Zentralhalle

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die Division und die Arbeiterklasse. Referent: Herr Redakteur **Schwantje**, Berlin. 2. Die Gemeindevertreter-Konferenz in Halle. 3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Achtung! Weissenfels. Achtung!

Mittwoch den 1. Februar abends 8 Uhr

2 gr. öffentl. Schuhmacher-Versammlungen

in „Stadt Naumburg" und „Zum goldenen Hirsch".

Tagesordnung: **Die Antwort der Herren Fabrikanten auf den Lohntarifvertrag.**

Für alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhindustrie ist es Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Anwesend sind die Vorsitzenden der beteiligten Gewerkschaften, **Simon**-Nürnberg und **Winter**-Berlin.

Die Tarifkommission.

Allgemeiner Konsum-Verein zu Dölau.

E. G. m. b. H.

Sonntag den 12. Februar 1905 nachmittags 2 Uhr im Wendschen Lokale

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht pro 1904.
2. Revisionsbericht des Aufsichtsrats.
3. Genehmigung der Bilanz, Entlastung des Vorstandes, Genehmigung zur Verteilung des Ueberschusses.
4. Neuwahl der statutengemäß ausscheidenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder.
5. Geschäftliches.

Anträge von Mitgliedern müssen so zeitig eingereicht werden, daß sie 3 Tage vor der Versammlung zur Oeffentlichkeit gelangen können.

Der Aufsichtsrat: O. Goldammer, Vorsitzender.

Konsum-Verein Döllnitz und Umgegend.

E. G. m. b. H.

Berichtigung der Mitgliederbewegung.

Die bereits erfolgte Veröffentlichung der Mitglieder-Bewegung für das Geschäftsjahr 1903/1904 enthält eine Unrichtigkeit, indem darin 1 Mitglied als ausgeschieden angegeben ist, während in Wirklichkeit kein Genosse durch Todesfall ausgeschieden ist.

Döllnitz, den 30. Januar 1905. Der Vorstand. J. Hellwig. W. Fischer.

Konsum-Verein f. Weissenfels

und Umgegend. E. G. m. b. H.

Unseren geehrten Mitgliedern zur gefl. Kenntnisnahme, daß unsere Verkaufsstellen wegen Inventur wie folgt geschlossen bleiben:

Untergreißlau Dienstag den 31. Januar nachmittags von 1 Uhr ab.

Lager 1, am Kloster u. Lager 2, Schillerstraße bleiben am Mittwoch den 1. Februar den ganzen Tag geschlossen.

Wir ersuchen unsere geehrten Mitglieder dies zu beachten und ihre Bedürfnisse vorher zu decken.

Der Vorstand: Heinig. Kathe. Geiling.

Verein für naturgemäße Gesundheitspflege zu Zeitz.

Achtung!

Freitag den 3. Februar abends 8 Uhr im großen Saale des „Preußischen Hofes"

Groß. Frauen-Vortrag.

Thema: **„Die künstliche Beschränkung eines allzureichen Kindersegens bei kranken und geschwächten Frauen. Eine Forderung vom sozialen, moralischen und ärztlichen Standpunkte."** Referentin: Fräulein **Kubo**, Privatgelehrte, Charlottenburg. Schülerin des Dr. Thure-Brandt, G. Schulze, Jablonowski (weil.) 1. Assistent am kgl. Anatom. Institut zu Berlin.

Kranken- u. Sterbekasse d. Maurergewerks.

Sonntag den 5. Februar vormittags 11½ Uhr in der Moritzburg

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Tätigkeitsbericht des Vorstandes.
2. Rechnungslegung des Rendanten.
3. Wahl des Vorstandes.
4. Verschiedenes.

Rauchklub Beesen.

Deutsches Haus.

Sonnabend den 4. Februar

grosser Maskenball

mit Preisverteilung.

Es ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Kittelmanns Restaurant,

Buggenhagenstraße.

Mittwoch den 1. Februar 1905

gr. Schlachtefest.

Von früh 8 Uhr an Wellfleisch, abends diverse Wurst und Suppe. Für gemütliche Unterhaltung ist gesorgt.

Es ladet freundlichst ein

Der Obige.

Gratis

erhält jeder

1 Krawattennadel

oder

1 Brosche

mit seinem eigenen Bild, der sich von **heute** bis zum

20. Februar d. J. inkl.

eine Aufnahme in unserem Atelier bestellt.

Glanzbilder:

12	Visites	1.90 M.
12	Kabinetts	4.90 „

Mattbilder:

12	Visites	4.00 M.
12	Kabinetts	8.00 „

Abends bei elektrischem Licht. — Aufnahme bei jeder Witterung.

Photographisches Atelier

Samson & Co.

Poststr. 9/10. Halle a. S. Poststr. 9/10.

vis-à-vis dem **Kaiserdenkmal.**

Nur Karl Kochs

Nährzwieback

kommt seiner Zusammensetzung und Wirkung nach der Muttermilch gleich, wirkt ernährend und gedeihlich, macht alle Verdauungsstörungen unmöglich; man gebe daher den Kindern, wenn sie gedeihen sollen, nur

Karl Kochs Nährzwieback.

Herrenstraße 1.

Zu haben in sämtl. Konsumvereinen.

Stadt-Theater Halle a. S.

Direktion: **M. Richards.**

Mittwoch, den 1. Februar 1905:
135. Abonn.-Vorst. 3. Viertel.
Beamtenkarten giltig.
8. Vorstellung im Göthe-Zyklus.

Faust.

Aus der Tragödie zweitem Teil von J. W. von Göthe.
Fausts Tod in der Bearbeitung des Deutschen Theaters von A. L'Arronge.

Donnerstag den 2. Februar 1905.
136. Abonn.-Vorstell. 4. Viertel.
Beamtenkarten giltig.
Novität! Zum 3. Male: Novität!

Der Familientag.

Lustspiel in 3 Akten v. G. Kadelburg.

Neues Theater, Halle a. S.

Direktion **E. M. Mauthner.**

Mittwoch 4 Uhr: **Extra-Vorstell. 60, 40, 20 Pfg.: Die Liebesprobe.**
Abds. 8½: **Der Kilometerfresser.**
Donnerstag: **Sudermanns Zyklus III Heimat.**

Walhalla-Theater.

Inhaber: **Otto Herrmann.**

Gastspiel des Berl. Apollo-Ensemble,

unter persönlicher Leitung des **Direktors Ad. Klein.**

Heute Mittwoch

Première

Lysistrata.

Phantastische Ausstattungsburleske von Bolten-Bäckers.
Musik von Paul Lincke.

Im 3. Bild:

Rosenballett.

Arrangiert von Grecco Poggiolesi.
Prima-Ballerina:
Signorina Maria Billa.

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Peller.**

Heute letzter Tag!

Die großen

Attraktionen

des diesmaligen Spielplanes.

Ab 1. Februar:

Ein

Sensations-Programm,

wie solches bisher in Halle noch nicht vorgeführt wurde.

Keine Preiserhöhung!

Man beachte freundlichst die am 1. Februar erscheinenden Inserate und Plakate!

Welt-Panorama Gr. Ulrichstr. 6, I. Geöff. v. 2—10.
Die sächsische Schweiz.

Kaiser-Panorama Leipzigerstr. 88, I. Geöff. v. 2—10.
Tyrol. Kufstein, Kaisertal, Brixlegg, Innsbruck etc.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (G. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050201-15/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 27. Halle a. S., Mittwoch den 1. Februar 1905. 16. Jahrg.

Abonniert jetzt auf das Volksblatt!

Der **Bergarbeiterstreik** und die **russische Revolution** bilden gegenwärtig den Gegenstand der öffentlichen Diskussion. Ueber diese beiden hochwichtigen Fragen orientiert ausführlich

nur die sozialdemokratische Presse.

Versäume deshalb kein politisch reger Mensch, und vor allem kein Arbeiter, das

Volksblatt in Halle

zu abonnieren. Das Volksblatt beschränkt sich nicht nur auf die Registrierung der Nachrichten aus dem Ruhrrevier und aus Rußland, es wertet diese auch kritisch und ermöglicht dadurch dem Leser, sich ein Urteil über diese großen Fragen der Gegenwart zu bilden.

Das Volksblatt kostet in Halle 60 Pfg., außerhalb Halles durch die Post für die Monate Februar-März bezogen 1.38 Mk.

Deutscher Reichstag.

129. Sitzung. Montag, den 30. Januar 1905, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Frhr. v. Stengel.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des zweiten **Nachtragsetats** für das Deutsche Reich und des zweiten

Nachtragsetats für die Schutzgebiete

(für 1904).

Staatssekretär im Reichsschatzamt Frhr. v. Stengel: Sobald sich die bekannten Bedenken in der Budgetkommission erhoben, hat der Reichskanzler durch mich die Kommission um Indemnität ersuchen lassen. Der Reichskanzler ersucht nunmehr durch mich auch das Plenum um Indemnität. Zugleich habe ich mitzuteilen, daß die Forderung von 200 000 M. für die Vorarbeiten eines Eisenbahnbaus Windhuk-Rehoboth aus der gegenwärtigen Vorlage ausscheidet. (Hört, hört, hört! links.) Die Forderung wird später in einer besonderen Vorlage dem Reichstag zugehen; ich denke also, daß sich heute eine eingehende Diskussion über sie erübrigt. (Vereinzeltes Bravo! rechts.)

Ueber die Kommissionsverhandlungen berichtet Abg. Prinz **Arenberg** (Zentrum), der die Streichung des Titels 4 der einmaligen Ausgaben (140 000 M.) und Bewilligung der übrigen Teile des Nachtragsetats empfiehlt.

Abg. **Bebel** (Soz.): Daß der Herr Reichskanzler Indemnität nachsucht, ist ja sehr erfreulich; weit weniger erfreulich aber ist, daß er nun schon zum zweiten Male innerhalb weniger Jahre sich in die Lage setzt, um Indemnität nachsuchen zu müssen. Schon 1901 wurden anläßlich der Chinawirren ohne Zustimmung des Reichstags große Ausgaben gemacht. Im Sommer 1904 war der Reichstag bis in den Juni hinein versammelt; aber statt ihm noch in den letzten Tagen eine Vorlage über Südwestafrika vorzulegen, zog man es vor, darauf los zu wirtschaften. — Wir lehnen die Forderung und wir lehnen das Indemnitätsgesuch schlankweg ab. Geradezu unerhört ist es, daß man mit den Vorarbeiten einer Bahnstrecke begonnen hat, ohne dem Reichstag das Geringste zu sagen, und daß man mir nichts dir nichts 200 000 Mk. von uns fordert, ohne über die Höhe der schließlichen Kosten etwas verlauten zu lassen.

Der Aufstand in Südwestafrika

ist eine Folge der Eingebornenpolitik der Kolonialverwaltung, der Beamtenschaft und eines Teils der Farmer. Wir haben ja in unserem Nachbarlande das Beispiel vor uns, wohin ein Volk durch die Unterdrückung zuletzt getrieben wird. (Sehr richtig! links.) — Die Eingebornen mußten den Augenblick kommen sehen, wo sie alles Land, mit Ausnahme vielleicht von ein paar unfruchtbaren Strecken, verlieren mußten. War doch in ein paar Jahren ihr Viehbestand um die Hälfte gesunken. Man hat unter Mißbrauch der Kapitäne die Eingebornen einfach „gelegt".

Der Aufstand hätte leicht vermieden werden können, wenn der Reichskanzler auf die Missionsgesellschaften mehr gehört hätte, als auf die erst ein paar Jahre im Lande befindlichen Kolonialbeamten. Die Missionsgesellschaften forderten ausdrücklich Reservate für die Eingebornen und tadelten das Streben der Kolonialverwaltung, den Eingebornen nur die minderwertigen Ländereien zu lassen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Unter Mitwirkung der Distriktskommissare hat man den Eingebornen sogar die Gärtchen entrissen, die sie unter Anleitung der Missionare mit Mühe und Schweiß hergestellt hatten. (Hört, hört! b. d. Soz.). Die Händler haben Leutweins ohnmächtigen Verboten zum Trotz die Gier der Eingebornen nach europäischem Tand dazu benutzt, sie nach Kräften zu übervorteilen und zu betrügen. Daher dann auch die immensen Profite der Landgesellschaften: die Kolonialgesellschaft in Südwestafrika verkauft den Hektar Land in Swakopmund für 40 000 Mk., d. h. für einen Preis, wie er in der Nähe unserer Großstädte gezahlt wird (Hört, hört! b. d. Soz.) Für den Viehwucher, wie er dort getrieben wird, hat die Deutsche Tages-Zeitung klassische Beispiele angeführt. — Und nun die Behandlung der Eingebornen! Zu dem Prinzen Prosper Arenberg hat sich der Unteroffizier Kossak gesellt, der einen Neger in der grausamsten Weise zu Tode foltern ließ, indem er ihnin einer kalten Nacht in eine mit Wasser gefüllte Grube legte (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Ankläger des Kossak, der Händler Grönevelt, wurde vom Gericht in Keetmanshop verschiedentlich zu horrenden, regelmäßig von der Berufungsinstanz aufgehobenen Strafen verurteilt und von dem Vorgesetzten des Kossak, Leutnant v. Stempel, und dessen Leuten gesellschaftlich und wirtschaftlich boykottiert. Fünf Regierungserlasse in dieser Angelegenheit wurden von dem obstinaten Distriktschef, eben dem Leutnant v. Stempel, mißachtet; erst der sechste schaffte die Angelegenheit aus dem Wege. Und wie wurde der Distriktschef bestraft? Er erhielt eine andere Beschäftigung. (Hört, hört!) Da darf man sich nicht wundern, wenn in den Kolonien alles drunter und drüber geht. Wenn ein Weißer so behandelt wird, ist es nicht wunderbar, daß es für die Eingebornen überhaupt keine Gerechtigkeit gibt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In der allgemeinen deutschen Universitätszeitung erzählt ein Farmer, wie Eingeborne aus nichtigen Gründen wie Hunde niedergeschossen wurden. Leute, die das tun, bekommen, wenn sie nicht ganz freigesprochen werden, eine kurze Gefängnisstrafe und spazieren dann als Gentlemans wieder frei umher. Kann man sich da noch über die allgemeine Empörung der Eingebornen wundern? (Sehr richtig! b. d. Soz.) Dazu die schauerlichen Gefängnisse, in deren engen Zellen die Eingebornen oft zu 20 eingesperrt werden, so daß der Tod unter ihnen eine reiche Ernte hält. Tote Gefangene haben auf der Straße gelegen, kleine Kinder von 4–5 Jahren sind vom Keetmanshoper Gericht zu längerer Freiheitsstrafe verurteilt worden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Brief Mahareros beweist, daß die schwersten Mißhandlungen Ursachen des Aufstandes sind. Man hat über das Deutsch des Mahareros gespottet und vergißt dabei, daß es besser ist als das Deutsch eines großen Teiles der in Deutschland geborenen Rekruten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Unruhe links.) Das Recht auf Aufstand hat jedes Volk, das in seinen Menschenrechten aufs schwerste verletzt worden ist. (Sehr wahr! b. d. Sozialdemokraten.) Niemand leugnet, niemand verteidigt die schlimmen Greueltaten der Hereros; aber sie sind die Folge von Greueltaten der Weißen, die ein ganzes Jahrzehnt hindurch verübt worden sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir sollten uns ein Beispiel nehmen an den asiatischen Japanern, die den Krieg in einer Weise führen, die einem Kulturvolke zur Ehre gereicht. Da werden keine Weiber und Kinder niedergeknallt, und da heißt es nicht wie in einem Briefe eines deutschen Soldaten: Man dürfe nicht das Kind im Mutterleibe schonen, die Hunde seien es nicht wert; man habe im letzten Gefecht 75 Gefangene machen können, habe sie aber alle niedergemacht. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Aufstand ist ja nahe am Ende, aber seine Ursachen wirken dauernd fort. Was gedenkt unsere Kolonialverwaltung zu tun, um mit dem Prinzip zu brechen, das so traurige Folgen gezeitigt hat? (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.) spricht den Truppen seine Anerkennung aus (Bravo! rechts); wünscht, daß die Indemnität früher eingeholt wäre, und beklagt sich über die Mangelhaftigkeit der Berichterstattung. — Herr Bebel glaubt alles, was in Briefen aus den Kolonien steht, und wenn es der größte Unsinn ist. (Sehr richtig! rechts.) Warum benutzt Herr Bebel nicht einmal seine Ferien zu einer Reise nach Südwestafrika? (Heiterkeit. Abg. Bebel: waren Sie denn schon da?) Nein, ich erhebe aber auch keine kritiklosen Anklagen. Bebel sieht immer nur die Splitter im deutschen Auge, und niemals die Balken im Auge der Hereros. Er ist als Verteidiger der Revolution der Hereros aufgetreten und vergißt, daß die Hereros die schlimmsten Gewalttaten begangen haben, ehe noch ein Deutscher nach dort kam. (Beifall rechts.)

Kolonialdirektor Dr. **Stübel**: Die Objektivität unserer Denkschrift ist ja auch von Herrn Bebel anerkannt worden. Es geht nicht an, den gesamten Ansiedlerstand für Vergehen einzelner verantwortlich zu machen. Nicht die Händler, sondern die Rinderpest hat den Viehbestand der Hereros herabgesetzt. Der Otavi-Minengesellschaft ist nur das Land für den Bahnbau unentgeltlich überlassen worden. Die Kapitäne dürften doch wohl das Recht zu Landabtretungen haben, das ihnen Abg. Bebel bestreitet. Ein Gegensatz zwischen Missionaren und Ansiedlern besteht in der Tat; er entspringt daraus, daß die ersteren ausschließlich das Interesse der Eingebornen vertreten. Wir sind aber doch nach Südwestafrika gegangen, um ein Land zu finden, wo unsere deutschen Ansiedler zu Vermögen gelangen können. (Unruhe links.) — Die Mißhandlung eines Eingebornen im Falle Kossak ist ja sehr beklagenswert; es ist aber nicht wahr, daß das Wasser gefroren war, und nach ärztlichem Zeugnis steht der Tod des Negers in keinem ursächlichen Zusammenhange mit der Mißhandlung des Negers. (Unruhe links.) Daher konnte zu keiner Verurteilung gelangt werden (Erneute Unruhe links. Ein Beamter der Kolonialverwaltung spricht mit dem Kolonialdirektor), d. h. Kossak wurde nur zu einer geringen Geldstrafe verurteilt. Wir haben ihn, als wir von dem Falle Kenntnis erhielten, sofort entlassen. Er steht in keiner Beziehung mehr zum Militär. (Zuruf b. d. S.: Aber zur Marine!) — Redner zählt dann die Strafen des Händlers Grönevelt auf. Als wir von dem über ihn verhängten Boykott erfuhren, haben wir telegraphisch Remedur eintreten lassen; dieser Anweisung ist auch entsprochen worden, wenigstens dem Wortlaut nach. (Heiterkeit links.) Auch ist schließlich der militärische Distriktschef durch einen Zivilbeamten ersetzt worden. — Der schlechte Zustand der Gefängnisse hängt mit der unfertigen Entwicklung der Kolonie zusammen; es wird aber Abhilfe geschaffen werden. Die Behauptung Mahareros, daß zehn Gefangene im Gefängnis eines unnatürlichen Todes gestorben sind, hat sich als falsch erwiesen. (Unruhe b. d. S. Zuruf Bebels: Durch wen ist die Untersuchung angestellt?) Uebrigens ist Mahareros ein sittlich ganz verkommener Mensch, ein Trunkenbold. — Der Reichskanzler ist überzeugt, daß die Erhaltung des Hererovolkes ein Gebot sowohl der Menschlichkeit, als der wirtschaftlichen Notwendigkeit ist. Die Hereros, die sich freiwillig unterwerfen, werden angenommen, und für ihre Unterbringung und Beschäftigung wird gesorgt. Nach den letzten Berichten befinden sich jetzt 15 000 in unseren Händen. Die Zahl der Ermordeten beträgt 41 Farmer, 37 Kaufleute, 13 Angehörige der Schutztruppe und 5 Frauen. Dazu kommen noch die im Witboiaufstande Ermordeten, worüber der Bericht fehlt.

Abg. **v. Staudy** (kons.): Alle Parteien haben verlangt, daß der Reichskanzler Indemnität nachsuche. Er hat es getan, und der Abg. Bebel braucht den Reichstag nicht an seine Würde zu erinnern. Auch wir werden in Zukunft unter keinen Umständen ein solches Verfahren der Regierung dulden. Die Leistungen unserer Truppen verdienen Bewunderung. Wir verstehen aber nicht, wie man den Witbois bis zuletzt vertrauen konnte. Der Ausbau von Verkehrsstraßen wird am besten künftigen Aufständen vorbeugen. (Sehr richtig! bei den Natl. und rechts.)

Abg. Dr. **Spahn** (Zentr.) (auf der Tribüne schwer verständlich) verbreitet sich über die Ursachen des Aufstandes und hofft, daß mit Gottes Hilfe der Krieg bald beendet sein wird. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (Frs. Vp.): Es würde ein schlimmer politischer Fehler sein, wollten die bürgerlichen Parteien die Kritik der Vorgänge in den Kolonien den Sozialdemokraten überlassen. Der schärfste Tadel der vorgefallenen Ungeheuerlichkeiten läßt sich mit der vollsten Bewunderung unserer tapferen Truppen sehr wohl vereinigen. (Zust. links.) Im Falle Kossak-Grönevelt sucht der Kolonialdirektor den entscheidenden Punkt zu verwischen, die Mißachtung der Kolonialverwaltung durch den Distriktschef v. Stempel. (Sehr richtig! links.) Die Regierung hat jetzt rund und nett um die Indemnität gebeten; der Vorwurf, bleibt aber bestehen, daß sie den Reichstag nicht einberufen hat, als sie das System der Kriegführung von Grund auf änderte. In Kolonialländern herrscht, wie es scheint, das System der Systemlosigkeit. (Sehr richtig! b. d. S.) Die Hereros bilden nur einen Teil der Eingebornenbevölkerung; wenn man jetzt alle Stämme entwaffnen will, so heißt das, einen Stamm nach dem anderen provozieren. (Sehr richtig! links.) Das Zusammenwohnen der Weißen mit einer inferioren Rasse, die Zunahme der desertten Bastardbevölkerung, alles das schafft die Möglichkeit künftiger Explosionen, denen durch die Schaffung besonderer Reservatbezirke für die Eingebornen vorgebeugt werden muß. — Da wir durch die Nachsuchung der Indemnität befriedigt sind, werden wir die zur Beruhigung der Kolonie notwendigen Mittel bewilligen. (Beifall b. d. Freis.)

Abg. Dr. **Paasche** (natl.) mißbilligt die Eingriffe in das Bewilligungsrecht des Reichstages, erklärt den Konflikt aber durch das Nachsuchen der Indemnität behoben. Gewiß darf nicht alle Kritik der äußersten Linken überlassen werden. Auch wir tadeln die vorgefallenen Ausschreitungen; sie dürfen aber nicht und am wenigsten auf Grund unkontrollierbarer Mitteilungen verallgemeinert und zu Angriffen auf unsere tapferen Truppen benutzt werden. Den hochmütigen Negern, die nicht behandelt werden können, wie weiße Kulturmenschen, muß allmählich ihr Land weggenommen werden, damit sie zur Arbeit

Zar Nikolaus II.

I.

Der Sächsischen Arbeiter-Zeitung ging unlängst aus russischen Kreisen folgende Charakteristik des jetzigen russischen Zaren zu:

Weder wegen ihrer Vorzüge noch wegen ihrer Laster bietet die Persönlichkeit Nikolaus' II., des Selbstherrschers Rußlands, ein allgemeines Interesse. Es ist lediglich der ernste historische Moment, den das russische Volk durchlebt, der diesem unpersönlichen Zaren eine so hervorragende historische Bedeutung verleiht. Und hierin liegt die tiefe Tragik nicht allein für das Land und das Volk, sondern auch für den Mann selbst, der zufällig dazu berufen wurde, über das Geschick Rußlands am Scheideweg zu entscheiden. Unter einem düstern Stern werden letzte Autokraten geboren, und Unglücksgespenster standen an ihren Wiegen, denn es sind dies dekadente Sprößlinge überwundener Machtverhältnisse, die von Rede der unbarmherzigen Geschichte zermalmt werden und auf die die strenge Nachwelt noch die ganze Verantwortlichkeit für die dramatischen Ereignisse abwälzen wird. Ludwig XVI., im 18. Jahrhundert der willenlose, schwächliche König von Frankreich, dem die welthistorische Bedeutung der Revolution nur als die dreiste Verletzung der unbeschränkten Königsgewalt erschien, und Nikolaus II., der seit seinem Regierungsantritt nur noch Mitleid erweckt, sind die charakteristischen Beispiele der Könige auf schwankenden Thronen. Unglückliche Marionetten der Weltgeschichte!

Eine schmächtige, beinahe krankhaft aussehende Erscheinung, ohne jegliche charakteristische Gesichtszüge, bildet Nikolaus II. Sprach äußerlich einen Kontrast zu seinen Vorfahren Alexander III., Alexander II., Nikolaus I., die Hünen-Gestalten waren und denen die eiskalte Schönheit grausamer Majestät nicht fehlte. Und so wie ihm die physische Stärke der Romanows fehlt, fehlt ihm auch die Willensmacht, die innere Ueberzeugung von der Größe seiner Stellung, die Menschenverachtung, die Herrscherstrenge, die seinen Mangel an Einsicht und Geistesgröße im Bösen wenigstens kompensieren könnten. In der Hofatmosphäre Alexanders III., der keinen Widerspruch und keine selbständige Meinung duldete, ist der schwache Wille des damaligen Thronfolgers völlig gebrochen worden. Seiner Charakteranlage nach ist Nikolaus II. durchaus kein Tyrann, er ist vielmehr mitunter träumerisch gestimmt und sentimentalen Gefühlen zugänglich. Eine blasse Melancholie schwebt über sein kränkliches Gesicht, allerdings nicht die Melancholie des Weltschmerzes, sondern die kindische Trauer der Unbeholfenheit und Unsicherheit, die aus dem Widerspruch zwischen dem inneren Können und der äußeren Lage hervorgeht. Doch negative Eigenschaften sind unsichere Bürgen gegen das Böse. Der schwächliche, unbeholfene, einsichts- und meinungslose Zar, der sentimentalen Anwandlungen zugänglich ist, ist zugleich organisch unfähig, aus dem Zauberkreise der vererbten Vorstellungen und Ideen herauszukommen und die rings herum sich abspielenden Ereignisse zu erfassen. Sein enger Vorstellungskreis hat sich bei ihm zu einer fixen Idee verschmolzen; seine Willensschwäche hat knabenhaften Starrsinn erzeugt; seine unsichere Gutmütigkeit hat ihn der Schmeichelei und den tückischen Künsten der Höflinge preisgegeben. Er hält fest an dem Gottesgnadentum, an dem Heiligtum des Zarismus, an dem Absolutismus, an dem hehren Erbe, das er von seinen Vorfahren erhalten und seinen Nachkommen unangetastet überlassen muß. Das ist sein einziges und eigenes Lebensgefühl, das in der selbstsüchtigen, verfaulten und demoralisierten Atmosphäre des Hofes den Nährboden zu krankhaftem Fortwuchern findet. Nikolaus II. ist ein unglückliches Opfer seiner Lage.

Als Thronfolger galt Nikolaus II. als liberal und gutmütig; bildete er doch zum wutschnaubenden Alexander III. einen günstigen Kontrast. Aber schon als Thronfolger wurde er im Lande sehr niedrig eingeschätzt. Er erweckte weder Hoffnungen noch Befürchtungen. Mit Mitleid und leisem Spott begegnete man ihm von seiner Jugend an, man lachte schadenfroh über sein Mißgeschick und ergötzte sich an seiner Unbeholfenheit. Vor seinem Regierungsantritt war das Gerücht verbreitet, er leide an Epilepsie und häßlichen Krankheiten. Er sollte vor seiner Heirat ein Liebesverhältnis mit einer Petersburger Schauspielerin unterhalten haben, das ihm eine ernste Angelegenheit gewesen sei. Wer kann diese Gerüchte auf ihre Wahrheit kontrollieren?

Schon als Thronfolger traf ihn ein harter Schlag. Unter der Leitung Alexejews und Besobrasows, der zwei Personen, die jetzt das Reich der Katastrophe entgegenführten, machte der Thronfolger Nikolaus eine Reise um die Welt. In Tokio brachte ihm ein japanischer Polizist eine Kopfwunde mit seinem Säbel bei, an der der Kaiser jetzt noch leiden soll. Es war ein düsteres Vorzeichen für seine spätere Regierungszeit. . . .

An unglücklichen Episoden und Vorzeichen ist die Regierungszeit Nikolaus' II. reich. Während der Krönungsfeier in Moskau, die eins der prunkvollsten und luxuriösesten Schauspiele der Neuzeit war, stürzten die Brücken und Geländer am Chodinski-Feld ein, wobei Tausende von Menschen ihren Tod fanden. Der Zar soll beim Vernehmen dieser Unglücks-Nachricht geweint haben, doch ist abends der Hofball nicht abbestellt worden.

In der ersten Zeit seines Regierungsantrittes wollte der Zar populär sein und die Liebe seines Volkes gewinnen. Zum Schrecken seiner Umgebung fuhr er ohne militärische Bedeckung durch die Straßen Petersburgs, während Alexander III. in Gatschina und Kopenhagen sich als Gefangener aufhielt und mit den Vertretern der revolutionären Narodnaja Wolja um die Erlaubnis des freien Einzugs nach Moskau zur Krönung unterhandeln mußte. Es war an einem Herbsttag des Jahres 1904, als Nikolaus II. in der Uniform eines Offiziers ohne jegliche Begleitung inkognito auf dem Newski-Prospekt spazierte. Im Winterpalast schlug man Alarm ob dieses tollkühnen Popularitäts-Schrittes. Bald sagte das damalige Stadtoberhaupt von Wahl durch den Newski, bis er den jungen melancholischen Offizier anhielt: „Das ist aber unmöglich, Majestät." „Aber General . . ." „Das ist unmöglich, Majestät, und ich flehe Sie an, nach dem Palast zurückzukehren . . ." „Aber General, ich ging nur spazieren . . ." „Das ist unmöglich, Majestät". Mittlerweile erkannte die Menge den Zaren und bereitete ihm Ovationen. Doch bald umringten die Abjutanten den Zaren und brachten ihn in geschlossener Kette nach dem Anitschkow-Palast, wo er von der Kaiserin-Mutter eine strenge Rüge bekommen hat. In den ersten Monaten seiner Regierung war er von nebelhaften, unklaren Vorstellungen und Wünschen beseelt, den Widerspruch zwischen dem Absolutismus und dem Volkswohl durch das eigene Wohlwollen aufzuheben.

Doch schon bald gewann der absolute Zar über die schwächlich-sentimentale Persönlichkeit des Selbstherrschers die Oberhand. Den Vertretern der Tverer Semstwo, die bei der Huldigungs-Repräsentation nach der Krönung eine liberal-byzantinische Ansprache hielten, erwiderte der Zar die bekannten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050201-15/fragment/page=0005

gezwungen werden. Möchte aus der blutigen Saat eine reiche Ernte für die Zukunft emporsprießen! (Beifall bei den Natl. und rechts.)

Abg. **Lattmann** (Antis.) spricht sich im Sinne der Vorredner über die Landwirtschaft aus, und teilt eine Unterredung mit, die Abg. Bebel in Hamburg mit einem Herrn Börner gehabt habe. Danach habe Bebel erklärt, von den Greueltaten der Hereros nichts zu wissen, und habe behauptet, daß die sozialdemokratische Partei bei der Entschädigung der Farmer sich der Abstimmung enthalten habe. — Redner polemisiert dann noch gegen die Begünstigung der großen Landgesellschaften. (Beifall bei den Ant.)

Abg. **Schrader** (Freis. Vrgg.) erklärt die Indemnitätsfrage durch die heutige Regierungserklärung für erledigt. Gewiß sind böse Ausschreitungen vorgekommen. Aber der große Aufstand muß anders erklärt werden. In Ostafrika brachten wir den Negern Befreiung von der Tyrannei der Araber; in Südwestafrika brachten wir den Eingeborenen keine Vorteile. Auch hatten wir zunächst keine reipeltgebietende Truppengewalt zur Stelle. Es gilt jetzt, das schwere Lehrgeld zu benutzen, das wir haben zahlen müssen, und an der Hand der gemachten Erfahrungen für Ruhe und Frieden zu sorgen. Die Schaffung von Eingeborenenreservationen hat ihre großen Schattenseiten: sie setzt die Kolonie dem Mangel an Arbeitskräften aus. Die Hereros müssen mit der europäischen Kultur versöhnt werden, nicht durch übergroße Milde, sondern durch vernünftige Einrichtungen. Mindestens eine teilweise Entwaffnung der Eingeborenen muß stattfinden. Dann werden wir wieder Freude an der Kolonie haben. (Beifall b. d. Freis. Vrgg.)

Abg. Dr. **Südekum** (Soz.): Die Herren von den bürgerlichen Parteien sind ja geradezu entzückt von der Erklärung der Regierung. Vergißt man denn ganz die klare Fassung des Artikels 69 der Verfassung. Danach muß der Reichstag vorher um seine Einwilligung zu den Ausgaben ersucht werden. Nur, wenn höhere Gewalt eine vorherige Einholung der Einwilligung des Reichstages verhindert, ist eine nachherige Einholung der Indemnität statthaft. Also selbst eine höhere Gewalt entbindet nicht vom Nachsuchen der Indemnität: und von einer höheren Gewalt kann hier nicht die Rede sein. Die heutige Debatte wird die Regierung keineswegs davon abhalten, in einem späteren Falle mit dem Etatsrecht des Reichstages ebenso umzuspringen. Der Reichstag hat die Erfahrung, die er schon bei den Chinawirren von 1900 machte, einfach in den Wind geschlagen. Wir hatten gedacht, daß der Reichsschatzsekretär, der doch aus dem etwas konstitutionelleren Staate Bayern kommt (Lachen rechts), in formal-rechtlichen Fragen strenger sein würde, als mancher seiner Vorgänger. Nur die Verweigerung der Indemnität kann der Regierung die Lust vertreiben, in Zukunft so mit dem Etatsrechte des Reichstages umzuspringen. — Herr Dr. Arendt hat das Recht auf Aufstände überhaupt bestritten. Nun, er möge sich nur an die Rebellion der Kinder Israel gegen Aegypten erinnern. (Heiterkeit.) Dr. Arendt wirft uns vor, daß wir private Mitteilungen benutzen. Wir müssen sie benutzen, weil wir von der Kolonialverwaltung ganz ungenügend orientiert werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Regierung stellt sich den ungeheuerlichen Fällen, die wir ausführt haben, sehr kühl gegenüber. Ich möchte aber wissen, auf Grund welcher Paragraphen ein Ansiedler, der einen Eingeborenen ermordet hatte, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch Grönevelds hat an Ort und Stelle kein Recht gefunden, sondern mußte den Umweg über Berlin machen. Der Kolonialdirektor hat ein Programm der Kolonialpolitik entwickelt, ein Programm des Kolonial-Kapitalismus, dessen oberster Grundsatz ist: Wir bereichern uns.

Die großen kapitalistischen Gesellschaften werden schon unter allen Umständen zu ihrem Gelde zu kommen wissen. Wenn die Otavi-Gesellschaft kein Kupfer finden sollte, das Geld in den Taschen der Aktienkäufer wird sie zu finden wissen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Der Abgeordnete Schrader hat mit einer Aufforderung, das Land der Eingeborenen zu konfiszieren, geendet. Das ist die reine Konquistatoren-Politik proklamiert. Die Eingeborenen-Reservate, in denen die Missionare das Evangelium predigen, werden alsdann das Feigenblatt der kapitalistischen Entwicklung sein. (Beifall b. d. Soz.)

Schatzsekretär Frh. **v. Stengel**: Auf die persönlichen Angriffe des Vorredners erwidere ich nicht; ich bin mir bewußt, um guten Glauben gehandelt zu haben, dagegen protestiere ich gegen seine Behauptung, daß der Reichskanzler das Recht des Reichstages mit Füßen getreten habe. Wie wenig sorgfältig der Vorredner seine Angriffe gegen den Reichskanzler abwägt, zeigt die Tatsache, daß Graf Bülow zur Zeit der Ausrüstung der ostasiatischen Expedition noch gar nicht Reichskanzler war. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Graf **v. Mielzynski** (Pole) erklärt, daß die Polen gegen die Vorlage stimmen und in dem Verhalten der Regierung eine Mißachtung des Reichstages liege.

Abg. **Bebel** (Soz.): Daß unsere Kritik berechtigt war, ergibt schon die Nachsuchung der Indemnität. Die Diskussion ist wie üblich verlaufen. Wenn wir Befürchtungen aussprechen, so nennt man uns voreilig. Treffen dann die Befürchtungen ein, so soll alles mit dem Mantel der Liebe bedeckt werden. Dem Abg. Arendt erwidere ich, ich habe nicht wahllos alle Briefe benützt, sondern nur einen einzigen, um die Stimmung der Soldaten in Südwestafrika zu illustrieren. Der Fall Grönevelds gehört nicht zu den alten Kamellen, er ist ganz neueren Datums und mußte zur Sprache gebracht werden. Gerade die unglaublich milden Urteile, die wegen der an den Schwarzen begangenen Mördereien ergangen sind, mußten unter den Eingeborenen eine ungeheure Entrüstung hervorrufen. Es ist nicht wahr, daß den Ausschreitungen in den Kolonien mit allem Nachdruck entgegengetreten worden ist. Wer führt denn die Untersuchung? Dieselben Beamten, die die Ausschreitungen zugelassen haben. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Daß die Ansiedler im allgemeinen den Aufstand verschuldet hätten, habe ich nicht behauptet. Mit Genugtuung konstatiere ich das Versprechen des Kolonialdirektors, daß der Otavi-Gesellschaft weitere Landzuweisungen nicht gemacht werden sollen. Daß die Todesfälle in den Gefängnissen auf natürliche Ursachen zurückzuführen sind, sagt uns nichts Neues. Auch wenn sich einer erschießt, hat es natürliche Ursachen. Aerztlichen Zeugnissen, zumal von Militärärzten, kann man auch skeptisch gegenüber stehen. Herr Lattmann sollte mich doch für so klug halten, daß ich nicht in einer Privatunterhaltung mit einem wildfremden Menschen, wie Herr Börner es ist, das widerrufen werde, was ich vorher im Reichstage gesagt habe. Das Hamb. Echo hat Herrn Börner einen Wichtigmacher genannt und wird damit wohl nicht unrecht haben. Herr Arendt kann sich beruhigen: ginge ich einmal nach Afrika, so würde ich nur als grimmigerer Gegner der Kolonialpolitik zurückkehren. (Bravo! bei den Soz.)

Damit schließt die Debatte.

Die Nachtrags-Etats für 1904 werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag, 31. Januar, 1 Uhr. Etat für die Südwestafrika-Expedition für 1905. Etat des Innern mit dem in eine Resolution verwandelten Antrag der Sozialdemokraten auf Abänderung der Gewerbeordnung zu gunsten der Bergarbeiter.

Schluß 6½ Uhr.

Der Streik im Ruhrgebiet.

Zur plumpen Fälschung greifen die Grubenbarone, nachdem Drohungen und Lockungen sich als erfolglos erwiesen haben. Am Sonntage wurden im Streikgebiete massenhaft gefälschte Flugblätter verbreitet, die im Namen der Siebenerkommission zur Wiederaufnahme der Arbeit aufforderten. Der Erfolg der Fälschung bestand darin, daß bisher Arbeitende sich den Streikenden anschlossen. Man erkennt eben, welcher Gemeinheiten das Kapital und seine Knechte fähig sind.

Die Untersuchung der Mißstände auf Zeche Herkules hat gestern seitens der Kommission begonnen. Heute treffen der Oberpräsident Nasse und der Regierungspräs. Schreiber ein, sowie andere Regierungsbeamte. Der Oberbürgermeister Zweigert-Essen wird Bericht erstatten.

Die Zechenverwaltungen geben in ihrer gestern veröffentlichten Uebersicht zu, daß sich die Zahl der Streikenden seit Sonnabend um 729 vermehrt hat.

Die Hütte Phönix kündigte ihrer gesamten Belegschaft von etwa 3500 Mann, weil es ihr nicht möglich sei, trotz großer Anstrengungen den Betrieb aufrecht zu erhalten. Die Kündigung wird zurückgezogen, wenn es der Hütte gelingt, die nötige Kohlenmenge aufzutreiben.

Handelsminister Möller hatte Montag vormittag im Abgeordnetenhause eine Besprechung mit westfälischen Abgeordneten und Vertretern der Arbeiter des Ruhrreviers in Sachen des Streiks. Der Minister riet den Arbeitern eine maßvolle Haltung zu bewahren, um sich die Sympathien aller Rechtdenkenden nicht zu verscherzen.

Beim christlichen Gewerkverein sind bisher 102 000 M., beim Bergarbeiter-Verband 320 000 M. an Unterstützungsgeldern eingegangen. Jeder Tag verursacht jetzt den streikenden Bergarbeitern einen Lohnausfall von 600 000 Mk.

Streikbrecherarbeit. Mit Flinten haben, wie Lokalblätter berichten, Streikbrecher am Sonntag auf friedlich ihres Weges gehende Bergleute, die nach ihrem Versammlungslokal gingen, geschossen. Mehrere Personen wurden verletzt. Von derartigen Gewalttätigkeiten der lieben Streikbrecher bringt die Unternehmerpresse kein Wort. Auch darüber nicht, daß die Gewalttätigkeiten der neugebackenen Zechenpolizisten sich mehren. Ein Zechenpolizist von der Zeche „Kaiser Friedrich" schoß einen Streikenden ins Bein.

In dem oberschlesischen Herrmannschachte bei Zabrze, einer staatlichen Kohlengrube, forderten gestern die 100 Mann Belegschaft eine Verkürzung der Schichtdauer und eine Lohnerhöhung. Da der herbeigeeilte Berginspektor erklärte, er könne eine Zulage nicht geben, fuhren die 100 Mann aus.

Belgien. Der Generalstreik wird im Becken von Mons am Mittwoch morgen beginnen, wenn die bis dahin geforderten 25% Lohnzuschlag nicht bewilligt worden sind. Der Provinziale Bergarbeiterverband von Lüttich schloß sich den Forderungen an. — Die belgische Staatsbahnverwaltung teilte mit, daß in dem Kohlenversand nach Deutschland eine Verzögerung eintreten müsse. Täglich passieren jetzt bei Herbesthal (Grenzstation der Bahnlinie Verviers-Aachen) 60 Kohlenzüge mehr als früher die Grenze.

Stadt-Theater.

Der Familientag.

Lustspiel in 3 Akten von Gustav Kadelburg.

Da wir aus bestimmten Gründen der Erstaufführung des Kadelburgischen Lustspiels am Freitag nicht beiwohnen konnten, so sei hiermit die Besprechung des Stückes, das nach der Behauptung des Theaterzettels einen großartigen Triumphzug über die deutschen Bühnen angetreten hat, nach der zweiten Aufführung nachgeholt. — Wir glauben an den „Triumphzug", denn Kadelburg versteht es, den deutschen Spießbürger nebst weiblichem Anhange am Gemüt zu packen. Wenn der „Dichter" in seinem neuesten Schlager die Forderung vertritt, daß nicht allein die reichen sondern auch die armen Bürgermädchen das Recht haben, von einem blaublütigen Junker geheiratet zu werden, so weiß er, daß ihm der Beifall der gesamten gutbürgerlichen Weiblichkeit, von der ältesten Kaffeeschwester bis zum grünsten Backfische, sicher ist. Und da außerdem noch eine unumehr historisch gewordenen Worte von den „unsinnigen Träumereien". Damit machte auch der Zar ein Ende allen „unsinnigen Träumereien" über seine Person. Es sprach aus ihm der feige Instinkt der Selbsterhaltung, genährt und gefördert durch die tückische Selbstsucht der Kamarilla. Charakteristisch ist die Beschreibung dieser historischen Szene durch die Augenzeugen. „Der Zar machte vor seiner Rede drei Schritte vorwärts und begann anstrengend und unnatürlich zu sprechen. Seine nervöse Stimme wurde immer lauter und endete mit einem Ausschrei. Man fühlte sofort das Falsche und Unnatürliche dabei. Das war eine Rede, der es nicht nur an Größe, sondern auch an einfacher Würde fehlte. Es waren dies halbhysterische Ausrufe eines verlegenen Menschen, der sich Hals über Kopf beeilt, einen fremden Willen auszuführen. Es war die Karikatur eines Zaren, ein Automat unter der Hypnose der höheren Bureaukratie. Der Eindruck war ein krankhafter und ergreifender durch diese bedauernswerte Hysterie . . . . Man erzählt, daß die junge Zarin, die damals noch schlecht russisch verstanden hat, sich während dieses Vorganges zu einer Großfürstin wandte und sie in französischer Sprache fragte: „Was erklärt er ihnen?" Die Großfürstin antwortete: „Er sagt ihnen, sie seien blödsinnig."

Generals- und etliche Leutnantsuniformen im Stücke erscheinen, dem patriarchalischen Familiensinne erbauliche Lobreden gehalten und die ergebenen Lakaiengefühle eines ehemaligen Offizierburschen in erhebender Weise vorgeführt werden, so ist auch der ehrbare Spießer und Steuerzahler höchst befriedigt.

Der Gang der Handlung — soweit man das Wort auf das Lustspiel überhaupt anwenden kann — ist kurz folgender: Im Hotel Bristol zu Berlin wird der Familientag des adligen Geschlechts von Wollien abgehalten. Das Majorat der Familie soll neu besetzt werden: als Anwärter kommt Egon von Wollien in Frage. In den alten Familienakten besteht aber ein Paragraph, nach dem der Majoratsherr nur eine „standesgemäße" Ehe eingehen darf. Egon liebt aber eine arme bürgerliche Malerin, die Pflegetochter eines simplen Herrn Nuschke, Offizierburschen a. D. Daraus Konflikt zwischen Liebe und Freude am Besitz im Herzen Egons. Doch Kadelburg läßt seinen Helden nicht allzu sehr an diesem Konflikt zappeln. Trotz verschiedener Familienintriguen, die adelsstolze und streberhafte Mitglieder der edlen Familie von Wollien anzetteln, bekommt Egon die Malerin und das Majorat. Die Rolle der Vorsehung spielt ein derber Krautjunker, der seinen agrarischen Notstand und sein Hauskreuz mit Hilfe unzähliger Flaschen Rotspon zu vergessen weiß.

Das Stück ist mit bühnensicherer Routine geschrieben und weist, wie alle Stücke Kadelburgs, einen flotten Ton auf, der den oberflächlichen Theaterbesucher über die Plattheiten, Oberflächlichkeiten und faulen Witze hinwegtäuscht.

Das Lustspiel erfordert einen gewaltigen Personenaufwand und wird von unserem Ensemble in der anerkennenswertesten Weise dargestellt.

Besonders hervorgehoben zu werden verdient Herr Alving als Majoratsherr Egon und Herr Sieg als Generalmajor. Recht temperamentvoll gab Herr Heinz den derben und trinkfesten Rittergutsbesitzer Ludolf Wollien. Herr Nonnenbruch wußte den fürstlichen Hofmarschall Sigismund von Wollien hübsch zu charakterisieren. Von den Damen ist besonders Frau Müller, Fräulein Brandow, Fräulein Wagner lobend zu nennen. Aber auch die zahlreichen Nebenrollen, die man unmöglich alle einzeln aufführen kann, lagen in guten Händen, so daß das herzlich unbedeutende Lustspiel durch die Darstellung zu einem Erfolge gelangte, der einer besseren Sache würdig wäre.

E. D.

Halle und Saalkreis.

Halle, 31. Januar.

Die Arbeiterschaft und der Bergarbeiterstreik.

Halle.

Die Maschinisten und Heizer bewilligten den Streikenden 50 Mk., der Arbeiter-Bildungsverein als zweite Rate 50 Mk., zugleich auch den Ueberschuß des am Sonntag im Konzerthaus stattgefundenen Familienabends in der Höhe von 40.50 Mk.

Naumburg.

Für die streikenden Bergarbeiter spendeten die Maler 27 Mk., die Tabakarbeiter 10 Mk.

Aus dem Stadtverordnetensaale.

Erst ½10 Uhr wurde gestern die Sitzung nach mehr als fünfstündiger Dauer geschlossen. Von den 16 zur Verhandlung gelangten Beratungsgegenständen fanden zehn ihre Erledigung ohne Debatte oder nach kurzen Bemerkungen. Dafür nahmen einige andere Punkte desto mehr Zeit in Anspruch. Im vorigen Jahre ist die Flutbrücke in den Pulverweiden fertig geworden. Doch kaum war die Eröffnung vorüber, so bemerkte man, daß die Säulenfundamente der sechs eisernen Mittelstützen sich senkten. Eine Kleinigkeit! Mit Hilfe von 1500 Mark. — Stadtv. Reck bezweifelte allerdings, daß diese Summe reiche — sollen eiserne Platten untergelegt werden. Dem Magistrat wurde anheimgegeben, den Namen „Genzmerbrücke" entsprechend zu ändern. Das könnte geschehen nach jenem bekannten Vorbilde eines Ortes, in dem viele „Krause" wohnten. Einer der Krause wurde nach dem vor seinem Hause stehenden Baume „Nußbaum-Krause" genannt. Als dann der Baum entfernt werden mußte, taufte man den Namen in „abgehackten Nußbaum-Krause" um. „Zusammengeleimte Genzmer-Brücke" würde nicht schlecht klingen. Genosse Krüger sprach sein Bedauern aus, daß die Stadt wieder mal zur Deckung eines Schadens in den Beutel greifen müsse, während einen anderen die Schuld trifft.

Das Rittergut Ammendorf-Beesen verbraucht seit Einrichtung einer Molkerei außerordentlich viel Wasser. Honny soit, qui mal y pense, ein Scheim, der Arges dabei denkt. Aber während der jährliche Wasserverbrauch früher zwischen 150 und 350 Mk. pendelte, ist er seit Bestehen der Molkerei auf 1000 Mark gestiegen. Nun ist der Vertrag so klar abgefaßt, daß man aus ihm nicht sicher erkennen kann, ob der Rittergutspächter Anspruch auf Gratislieferung des Wassers seitens der Stadt hat oder nicht. Vorerst zahlt die Stadt. Sie will durch ein Schiedsgericht die Streitfrage entscheiden lassen, da kommt aber eine weitere Bestimmung des Vertrags in die Quere, welche fordert, daß als Schiedsrichter nur Gutsbesitzer aus dem Regierungsbezirk Merseburg mit mehr als 200 Hektaren Besitz berufen werden dürfen. Alle Herren, an die sich bis jetzt der Magistrat gewendet hat, unter ihnen befindet sich auch der Amtsrat Nagel, haben dankend abgelehnt, denn ein Agrarier hackt dem anderen nicht die Augen aus. So werden wir zahlen und zahlen. Und wenn der Pächter Handt, dessen Pachtzeit bis 1920 läuft, und der in dieser Zeit einschließlich der Zinsen ohnehin rund eine Viertelmillion an Pacht gegen früher erspart, sich noch einen Fischteich anlegen will, wird ihm die Stadt auch dazu das Wasser gratis liefern. Wir haben's ja!

Ganz aus dem Häuschen geriet Herr Kobert, als von sozialdemokratischer Seite angeregt wurde, die Talgschmelze nicht an die Fleischerinnung zu verpachten, sondern in eigene Regie zu nehmen. Kopf und Kragen werden wir dabei einbüßen, rief Herr Kobert ganz verzweifelt aus, was ihm den Zuruf einbrachte, da bewertete er seinen Kopf — das Pachtobjekt beträgt 3500 Mk. — nicht sonderlich hoch. Stadtrat Dr. Pusch schien im Gegensatz zu Herrn Kobert nicht ganz abgeneigt, Kopf und Kragen zu riskieren.

Von den Prozessen, in welche die Stadt zurzeit verwickelt ist, veranlaßten namentlich die des früheren Peißnitzbrücken-Pächters Specht und des verunglückten Meldeschreibers Dube längere Debatten. Beide Prozesse hat die Stadt verloren. Der Specht-sche Prozeß kostet, wie Herr Grote mitteilte, etwa 10 000 Mk. Gut, daß die neue Mietssteuer nicht für Prozeßzwecke verwendet werden darf! Ob der Schornsteinkopf am Brückenhäuschen, der an dem ganzen Malheur schuld sein soll, dem Museum einverleibt wird, wie Herr Grote anregte, oder auf den Beratungstisch des Magistrats gesetzt wird, wie Genosse Thiele vorschlug, muß erst noch entschieden werden.

In der geschlossenen Sitzung wurde an Stelle des Herrn Weber Herr Daniel in das Kuratorium für den Schlacht- und Viehhof gewählt. Der sozialdemokratische Antrag, den Genossen Gerig zu wählen, vereinigte nur sechs Stimmen auf sich. — Bei der Neuverpachtung des Theaterrestaurants entstand ein heißes Ringen. Ein Teil des Kollegiums wollte von einer Wiederwahl des bisherigen Pächters Meißner durchaus nichts wissen. Da aber auch von seinen Gegnern zugestanden werden mußte, daß Speise und Trank zu Tadel keinen Anlaß geben und daß andere Mißstände nicht aufs Meißners Konto geschrieben, bezw. abgestellt werden können, entschied sich das Kollegium schließlich mit 25 gegen 17 Stimmen für die Wiederverpachtung des Theaterrestaurants an Herrn Meißner für 4200 Mk. — bisheriger Pachtpreis 3500 Mark — bis 1. August 1908.

Mit großem Erfolge

sprach gestern vor recht gut besuchter Versammlung Herr Schriftsteller Schwantje im Gold. Hirsch über die Vivisektion an Menschen und Tieren in Kliniken und Krankenhäusern. Die von Vivisektoren selbst gegebenen Darstellungen ihrer Versuche an lebenden Tieren und Menschen erregten durch ihre teuflische Grausamkeit und Sinnlosigkeit den tiefsten Abscheu der Versammlung. Mit zahlreichen Zeugnissen hervorragender Mediziner und Chirurgen zerstreute Redner das Märchen, die Vivisektion sei notwendig, um für die Heilung von Menschen neue Wege und wichtige Aufschlüsse zu erhalten. — In der sehr regen Debatte schilderten verschiedene Anwesende ihre Erlebnisse in Kliniken und Krankenhäusern, die erkennen ließen, in welchem Umfange bereits Arbeiter und Arbeiterkinder mehr oder weniger verschleiert zu Versuchszwecken benutzt werden. Hat doch erst ganz kürzlich in Kassel ein Arzt erklärt, noch unerprobte Medikamente könnten ja an den Mitgliedern der Ortskrankenkassen ausgeprobt werden. Ueber die theologische Pfafferei, so wurde von einem der Redner gesagt, ist die Arbeiterklasse längst zur Tagesordnung übergegangen; vor den Medizinpfaffen haben aber die meisten noch heilosen Respekt.

Herr Schwantje hat zugesagt, einen eingehenden Auszug aus seinem Vortrage im Volksblatte zu veröffentlichen, wenn seine Vortragstour beendet sein wird.

Dr. Mühlpfordt kontra Hallesche Zeitung.

Der „geisteskranke" Dr. Mühlpfordt, der im Frühjahr 1903 als früherer Sekretär der Handwerkskammer durch seine Taten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190502 01-15/fragment/page=0006

die hiesige Bürgerschaft, besonders viele Kleinhandwerksmeister, stark beunruhigte, betrat gestern früh „frisch und munter" das Schöffengericht, um in einer Privatklage gegen sein früheres Leiborgan — Hallesche Zeitung — seine Rechte wahrzunehmen. Dr. Mühlpfordts Geisteszustand scheint wieder „im Lote" zu sein, sonst hätte man ihn sicher nicht als Privatkläger zugelassen. Als Beklagten hatte er sich den Chefredakteur der Halleschen Zeitung, Dr. Walter Gebensleben, ausgesucht, der zur Verhandlung nicht erschienen war und durch Justizrat Riemer vertreten wurde. Dr. Mühlpfordt fühlte sich beleidigt durch zwei Artikel, die in den Nummern 58 und 59 der Halleschen Zeitung des Jahres 1903 veröffentlicht worden waren. In den Artikeln wurden die altbekannten Dinge behauptet, die allgemein verbreitet wurden und damals hier Stadtgespräch waren. So hieß es u. a., daß Dr. Mühlpfordt „sein Geld" in Kneipen mit Damenbedienung durchgebracht habe; er hätte mittags bereits schon so viel Alkohol genossen gehabt, daß er am Mittagstisch eingeschlafen sei. Die Handwerksmeister seien zu bedauern. Auch Mühlpfordts früherer Lebenswandel wurde aufgerollt: Seine Mutter sei eine hysterische Person gewesen, und sein Vater habe nicht wenig getrunken. Auf eine Prüfung der behaupteten Dinge wurde indes nicht eingegangen, da Dr. Mühlpfordt sich mit seiner Privatklage an die falsche Adresse gewandt hatte. Für den im lokalen Teile veröffentlichten Artikel war nämlich nicht Dr. Gebensleben sondern der Lokalredakteur Beuthner verantwortlich. Dr. Mühlpfordt behauptete nun, er wisse aus eigener Erfahrung, daß Redakteur Beuthner nicht selbständig Artikel in Druck geben könne, und dieser seine sämtlichen Arbeiten dem Schriftleiter Dr. Gebensleben zur Kontrolle und Begutachtung vorlegen müsse. Der als Zeuge geladene Redakteur Beuthner bekundete aber, daß er jene Artikel dem Schriftleiter Dr. Gebensleben nicht zur Begutachtung vorgelegt habe. Dr. Gebensleben habe von dem Inhalte der Artikel vor der Veröffentlichung keine Kenntnis gehabt. Obwohl Dr. Gebensleben Schriftleiter der Halleschen Zeitung sei, habe Zeuge die Verantwortung für die beiden Artikel übernommen. Wie schon gesagt, Dr. Mühlpfordt trat als Privatkläger sehr geschickt auf; er mußte aber abgewiesen werden, da er sich an die falsche Adresse gewandt hatte. Gegen Redakteur Beuthner kann er nun leider nicht mehr vorgehen, da die Sache inzwischen verjährt ist. Schade, schade — es wäre doch sehr interessant gewesen, wenn Dr. Mühlpfordts Ehre durch einen Prozeß gegen die Hallesche Zeitung wieder hergestellt worden wäre.

---

* **Handels- und Transportarbeiter.** Mittwoch abend 8 Uhr im Goldenen Hirsch findet eine für Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter einberufene große Protestversammlung statt. Tagesordnung: Der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet und die letzten Vorkommnisse in Rußland. Referent: Ferd. Bender-Magdeburg. Es ist dringend für starken Besuch dieser Versammlung Sorge zu tragen.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Das Gastspiel des Schauspiel-Ensembles von der Berliner Volksbühne findet am 13. Februar statt. Das Gastspiel bringt eine Aufführung des Königs Oedipus von Sophokles; sämtliche Rollen werden nur von Hofschauspielern, Rudolf Christians an der Spitze, gespielt. Mittwoch geht Goethes Faust, zweiter Teil in Szene; — Schülerkarten werden an der Abendkasse ausgegeben. Die nächste Aufführung von C. M. v. Webers Freischütz mit der neuen Ausstattung an Dekorationen ist für Freitag angesetzt.

* **Aus dem Bureau des Neuen Theaters.** Der Kilometerfresser wird auch am Mittwoch wiederholt. Am Mittwoch nachmittag 4 Uhr wird als Extravorstellung zu Einheitspreisen von 60, 40, 20 Pf. Die Liebesprobe gegeben. Am Donnerstag geht als dritte Vorstellung im Sudermann-Zyklus Heimat in Szene.

* **Aus dem Bureau des Apollo-Theaters.** Dienstag, den 31. Januar, findet die letzte Vorstellung des ausgezeichneten Januar-Programms statt und verabschieden sich in derselben die sämtlichen Kräfte. Morgen, Mittwoch, den 1. Febr., beginnt ein vollständig neues, sensationelles Programm, wie solches bisher in Halle noch nicht geboten wurde.

* **Gestorben** sind vergangene Woche im Standesamtsbezirk Halle-Nord 25 Personen; unter diesen befinden sich 6 in hiesigen Krankenanstalten verstorbene Ortsfremde. Es verstarben an: Osteomyelitis tibiae 1, Masern 1, chronischem Darmkatarrh 1, Lungenentzündung 2, Abzehrung 1, Altersschwäche 3, Lungen- und Kehlkopftuberkulose 1, angeborener Lebensschwäche 1, Phlegmone des linken Fußes 1, Brand der Harnblase 1, Ostitis media 1, Diphtherie 1, akuter Psychose (Modilitätspsychose) 2, Leberverhärtung 1, Asthma bronchiale 1, progressiver Paralyse 1, Scharlach 1, Lebercirrhose 1, Schlaganfall 1, chronischem Herzklappenfehler 1, Bronchitis chronica 1.

In Halle-Süd verstarben in vergangener Woche 53 Personen. Darunter befanden sich 10 Ortsfremde. Es verstarben an: Nierenentzündung 3, Eitersieber 1, Mastdarmkrebs 1, Influenza 1, Lungenentzündung 4, Blinddarmentzündung 1, Lungenschwindsucht 5, Fettherz 1, Altersschwäche 3, Scharlach 1, Alkoholvergiftung 1, Darmverschluß 1, Lebensschwäche 4, Lebercirrhose 1, Erweiterung der Luftröhre 1, Asthma 1, Bauchfellentzündung 1, schweren Verletzungen 1, Bronchopneumonie 2, Blutvergiftung 1, progressiver Paralyse 1, Miningitis tuberculosa 2, Magenkrebs 1, Herzmuskel-Entzündung 2, Schädelbruch 1, Lungengangrän 1, Lungenschlag 1, Arteriosclerose 2, Gastroenteritis 1, Mittelfußbruch 1. — Dazu Totgeburten 5.

Könnern. (Eig. Ber.) Vom Messergebrauch. Der Knecht Karl Baumgarten aus dem benachbarten Dornitz geriet am Abend des 4. Dezember mit dem Knecht Keller auf der Chaussee von Gersena nach Könnern in Streit und versetzte seinem Gegner im Genick und am Kinn mehrere Messerstiche. Baumgarten wurde deshalb gestern von der Strafkammer Halle zu 1 Jahr und 1 Woche Gefängnis verurteilt und auch sofort verhaftet.

Aus den Nachbarkreisen.

Das amtliche Wahlresultat in Kalbe-Aschersleben wurde am Sonnabend im Kreisständehaus in Kalbe verkündet. Darnach hat erhalten:

Albrecht	21 722 Stimmen
Placke	19 434 „

Abgegeben wurden 41 473 Stimmen. An der Wahl haben sich ca. 88 Prozent der Wähler beteiligt.

Delitzsch. (Eig. Ber.) Im Rausche hatte sich der Ofensetzer Döhnert am Abend des 15. November v. J. einigen Bahnbeamten gegenüber vergessen, weshalb er vom hiesigen Schöffengericht wegen Nötigung, Widerstandes und Beleidigung zu der erheblichen Strafe von 4 Monaten und 1 Woche Gefängnis verurteilt worden war. Um eine niedrigere Strafe zu erzielen, legte er bei dem Landgericht Halle Berufung ein. Der Sachverhalt war: Der Mann war abends total betrunken in Delitzsch angekommen und konnte an der Bahnsteigsperre seine Fahrkarte nicht finden. Als man ihn dann zur Rede setzte, sagte er den Beamten, sie sollten die F. . . . . halten. Dann leistete der Angeklagte, der im nüchternen Zustande ein sehr gefängnis verurteilt worden war. Um eine niedrigere Strafe zu vernünftiger, anständiger Mensch ist, Widerstand. Das Berufungsgericht nahm nicht an, daß der Angeklagte sinnlos betrunken gewesen ist, sondern nur stark angetrunken war, und verwarf leider die Berufung.

Zörbig. Zu einem Zeichen-Kursus bewilligten unsere Stadtverordneten dem Lehrer Hammer 150 Mk. Er soll den Kursus an der Kunstschule in Berlin absolvieren.

Eilenburg. (Eig. Ber.) Am Sonnabend verunglückte der Parteigenosse Karl Bäßler, der in der Holzbearbeitungswerkstätte der Gebr. Schmidt mit der Bedienung der verschiedenen Maschinen betraut ist, indem er sich an der Kreissäge 2 Finger und den Daumen der rechten Hand abschnitt. B. ist erst seit einigen Tagen an Stelle des Gen. Herm. Schmidt, der als Geschäftsführer des hiesigen Konsumvereins gewählt wurde, in der betr. Werkstätte tätig.

Eisleben. Wegen Betruges ist am 30. Mai vor. Js. vor der hiesigen Strafkammer die verehel. Karoline Kistner in Kassel zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Sie war längere Zeit als Reisende für die Kunstanstalt Wohlfahrt tätig und nahm Bestellungen auf Haussegen und Bilder entgegen. Strafbar hat sie sich dadurch gemacht, daß sie mehrere Personen in den Glauben setzte, die von ihnen bestellte Sache koste weniger, als es in Wirklichkeit der Fall war. — Die von ihr eingelegte Revision wurde vom Reichsgerichte verworfen.

Weißenfels. (Eig. Ber.) Vor der Entscheidung. Zum 1. Februar soll die Antwort der Schuhfabrikanten auf den von den Arbeitern eingereichten Tarif nach Beschluß des Fabrikantenvereins erfolgen. Dieselbe ist nach dem Verhalten der Fabrikanten unschwer zu erraten. Besonders bedeutungsvoll ist die Frage: werden sämtliche Fabriken einmütig ihre Arbeiter vor die Türe setzen, oder wird es jedem einzelnen überlassen bleiben, ob er mit der Kommission verhandeln will oder nicht. Wie ja schon aus dem „Eingesandt" aus Fabrikantenkreisen ersichtlich ist, wird man versuchen, die Tarifkommission zu umgehen, und nur mit „ihren Leuten" verhandeln wollen. Alle dahingerichteten Versuche müssen die Arbeiter einmütig und solidarisch zurückweisen. Denn nur die Abmachungen haben Giltigkeit, welche mit der von ihren Organisationen eingesetzten Kommission getroffen werden. Die Anerkennung der Organisation muß Hauptgrundsatz sein.

Naumburg. Die Geburtsscheine für die in Naumburg und Grochlitz geborenen Kinder, welche Ostern d. J. zur Schule angemeldert werden sollen, können im Geschäftszimmer des Standesamtes (im Schlößchen, Markt 6, 1 Treppe) in Empfang genommen werden am Mittwoch, den 1. Februar, mittags von 12—1 Uhr für die mit A—L, am Donnerstag, den 2. Februar, mittags von 12—1 Uhr für die mit M—Z beginnenden Familiennamen.

Wittenberg. Am Donnerstag, den 2. Febr., abends 8 Uhr findet im Saale des Kronprinzen in Klein-Wittenberg eine öffentl. Volks-Versammlung statt, die sich mit dem Bergarbeiterstreik und den Lügen der kapitalistischen Blätter beschäftigen wird. Der Referent wird noch bekannt gegeben. Arbeiter Wittenbergs! Agitiert für zahlreichen Besuch dieser Versammlung.

Erfurt. Bahn-Unfall. Auf der Strecke Erfurt-Wutha ist Montag morgen 2¼ Uhr zwischen Schönau-Frötstädt ein Teil des Güterzuges abgerissen und blieb auf freier Strecke zurück. Ein später anfahrender Güterzug, der die zurückgebliebenen Wagen holen sollte, lief auf diese auf. Vier Wagen entgleisten und wurden stark beschädigt. Personen wurden nicht verletzt.

Erfurt. Religiöser Wahn? In Egstedt erschoß sich vor einigen Tagen der Handarbeiter Hermann Herold. Der 22jährige junge Mann hinterließ einen Abschiedsbrief, aus dem zu schließen ist, daß der Mann die Tat im religiösen Wahn begangen hatte.

Mühlhausen. Selbstmord oder Verbrechen? Hiesigen Blättern zufolge wurde in voriger Woche von einem Zuge der Ebeleber Bahn unweit des Dorfes Körner eine angeblich geisteskranke Frau überfahren, welche sich in selbstmörderischer Absicht auf die Eisenbahnschienen gelegt haben soll. Sie war sofort tot. Befremblich ist, daß Kopf und Gesicht fest in ein Tuch gebunden und darum noch ein Mantel geschlungen war, sowie daß der Körper, als er unter der Lokomotive hervorgeholt wurde, nach Aussage des Lokomotivpersonals bereits erkaltet war, so daß die Vermutung Platz greift, daß das Ueberfahren durch die Bahn eine andere Ursache verdecken soll.

Stenden. (Eig. Ber.) Das Augenlicht eingebüßt auf dem linken Auge hat am 21. Okt. v. J. der Geschirrführer Gustav Gäbler aus dem benachbarten Orte Asendorf. Der junge Mann hatte sich am 17. Oktober mit dem gleichaltrigen Knecht Gustav Exner gezankt und geschlagen. Beide schlugen mit den Peitschenstielen aufeinander ein, und Exner erhielt an jenem Tage die meisten Hiebe. Als sie nun am 21. Oktober wiederum auf der Chaussee zusammengerieten, griff Exner zum Messer und verletzte damit, blind um sich schlagend, seinem Gegner einen Stich unterhalb des linken Auges. Gäbler verlor infolgedessen auf dem Auge das Sehvermögen, und die Folge dieses traurigen Ereignisses war, daß die beiden Personen gestern vor der Halleschen Strafkammer unter Anklage standen. Gäbler wurde wegen einfacher Mißhandlung zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt, und Exner erhielt 2 Jahre Gefängnis und wurde auch sofort verhaftet.

Stendal. In die Maschine geraten. Der in der Eisenbahnbetriebswerkstatt beschäftigte Arbeiter August Schulz wurde von einer Maschine erfaßt, die ihm den Brustkasten zerquetschte, so daß der Tod alsbald eintrat. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und mehrere unmündige Kinder.

Parteinachrichten.

— **In Braunschweig** wurden unsere drei aus dem Stadtverordneten-Kollegium ausscheidenden Parteigenossen wiedergewählt.

— **In Stuttgart** hatten die Parteigenossen bei den Wahlen zum Bürgerausschuß ein Kompromiß mit der süddeutschen Volkspartei abgelehnt und dabei zwar ein Mandat verloren, aber viele Stimmen gewonnen. In einer sozialdemokratischen Versammlung am 26. ds. war die Mehrzahl der Genossen mit diesem Ergebnis zufrieden, da durch Kompromisse anderen Parteien nur Vorspanndienste geleistet würden.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 30. Januar.

Vorsitzender: Landgerichts-Direktor Fromme; Ankläger: Staatsanwalt Dr. Comte.

Hohe Strafe wegen Entwendung von etwa 60 Pfund Kartoffeln erhielt der Arbeiter Friedrich Kautsch von Zschortau. Er hatte jene Feldfrüchte am 15. Mai von der Zschortauer Flur aus der Miete eines Rittergutsbesitzers entwendet und wurde zuzüglich unter Einrechnung einer früher erhaltenen Strafe von 4 Monaten zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Erfolg mit ihrer Berufung hatte die verehel. Marie Beyer geb. Friedrich von Hettstedt, die vom dortigen Schöffengericht zu 25 M. Geldstrafe verurteilt worden war, weil sie am 26. Oktober vor. Js. eine taubstumme Frau mit einem Wasserholz geschlagen haben sollte. Das Berufungsgericht konnte sich nicht von der Schuld der Frau Beyer überzeugen; es hob das Urteil auf und erkannte auf Freisprechung.

Aus dem Reiche.

Berlin. Die polizeilichen Ermittelungen in Sachen der Lichtenberger Mordtat haben im Laufe des gestrigen Vormittags ein bedeutsames Ergebnis zu Tage gefördert. Unter dem dringendsten Verdacht der Täterschaft ist der Arbeiter August Budach, der zusammen mit der Konrad bei dem Gärtnereibesitzer Weber tätig war, von seiner Arbeitsstelle von der Polizei weggeholt worden. Die Vernehmungen haben bereits eine solche Fülle schwer belastenden Materials ergeben, daß an seiner Schuld kaum noch zu zweifeln ist.

— **Die Zeitung des Dreschgrafen konfisziert.** Das neue Organ des Grafen Pückler Der Retter aus der Judennot mit der Beilage Graf Pücklers Kampfruf, enthält zwei Reden des Grafen Pückler, unter anderem eine „Ueber meine letzte Gerichtsverhandlung", in der der Landgerichtsdirektor Kanzow angegriffen wird. Die Polizei will aber das Erscheinen des Pückler-Blattes nicht zulassen und hat alle Exemplare bei den Zeitungsverkäufen konfisziert.

Niedercrinitz. (Sachsen.) Ein Elendsbild. Gelegentlich einer Treibjagd fanden Jäger einen dem Erfrierungstode nahen Mann auf. Er lag bei dem herrschenden Schneesturm bereits acht Stunden mitten im Walde. Als die Jäger hinzukamen, bat er sie, daß sie ihn doch erschießen möchten. Der Mann, dessen Name nicht zu ermitteln war, wurde vorläufig in Niedercrinitz untergebracht, wo er jetzt verpflegt wird. Was mag der Unglückliche erlitten haben!

Vermischtes.

* **Acht Arbeiterinnen ertranken** in der Nähe von Semlin (Ungarn), als sie an einer verbotenen Stelle das Eis der Donau überschreiten wollten.

Eingesandt.

Oeffentliche Anlagen und Spielplätze.

Nachdem in der Stadtverordneten-Sitzung am 16. Januar 1905 beim Ankauf des Galgenberges die Spielplätze für Kinder von verschiedenen Rednern besprochen worden sind, möchte ich hier einiges Beachtenswerte hinzufügen.

Wir haben in Halle und Umgebung verhältnismäßig schöne und ausgedehnte Anlagen, teils durch Natur, teils durch Kunst geschaffen; aber wo bleiben die Spielplätze resp. Sandplätze zum Spielen für Kinder? Man wird auf den Bürgerpark und den Sandanger hinweisen. Ich meine jedoch Plätze innerhalb der Stadt, damit die Kinder mehr von der Straße und Gasse genommen werden, was hier sehr not tut. Denn es wird kaum eine zweite Stadt in der Größe von Halle geben, wo die elektrischen Straßenbahnen noch ohne Schaffner durch so enge Straßen sausen.

Wie steht es nun mit unseren Anlagen innerhalb der Stadt? Ueberall, wo ein Plätzchen ist, wird eine Einfaßung angelegt und innerhalb der Einfaßung eine Anlage geschaffen. Gewiß, dem Auge gefällt das! Aber dann wacht das Auge des Gesetzes, damit keine Uebertretung seitens der Kinder vorkommt. Auf diese Art werden die Kinder in ihren freien Bewegungen noch gehindert. Wäre es nicht oftmals besser für unsere Jugend, wenn ein Teil dieser Plätze oder besser noch der ganze Platz zum Spielplatz für Kinder eingerichtet würde? Es müßte wie anderwärts Sand angefahren werden, der im Winter bei vorkommender Glätte Verwendung finden könnte, denn an Sand scheint es bei den für die Stadt in Betracht kommenden Bürgersteigen und Uebergängen auch zu mangeln. — Die meisten Leser werden, wenn eine Straße gepflastert wird, schon bemerkt haben, wie schnell sich die Kinder da einfinden und mit dem angefahrenen Sande schön spielen. Geeignete Plätze zur Anlegung von solchen Spielplätzen wären im Süden und Zentrum der Stadt: Der Platz an der Kanstein- und Melanchthonstraßen-Ecke, vor der Volksschule an der Taubenstraße, unten Am Moritzzwinger, am Großen und Kleinen Berlin, am Königsplatz, auf der Promenade nahe dem Stadt-Theater, vor der Moritzburg u. s. w.

Ich gebe zu, daß es im gewissen Sinne für die Anlagen nicht vorteilhaft erscheint, es mag auch für manche Leute belästigend sein; aber für die Gesundheit und Unterhaltung der Kinder ist es entschieden dienlicher.

In dieser Beziehung wird auch noch viel gesündigt von Besitzern der Schrebergärten, die an sich eine sehr gute Einrichtung sind. Oftmals hört man: „Wir haben den Garten nur für unsere Kinder." Dabei sind kaum ein paar Quadratmeter für die Kinder zu freien Bewegungen übrig geblieben, noch weniger findet man Sand zum Spielen, sondern alles ist in Beete geteilt und bepflanzt.

P. Sch.

Literatur.

Königsberg. Mit den jetzt herausgegebenen Heften 9 bis 11 liegt nunmehr der Königsberger Prozeß vollständig vor. Diese Hefte bringen neben dem Abschluß des russischen Urkundenmaterials die Plaidoyers der Staatsanwälte und Verteidiger. Zum ersten Male wird die umfangreiche Urteilsbegründung in ihren rechtlichen Ausführungen der Oeffentlichkeit bekannt gegeben nebst einer die Hauptpunkte kritisch zergliedernden Würdigung. In den Fußnoten ist wiederum Material zur Kritik des Prozesses verarbeitet, u. a. werden Ausführungen des Staatsanwalts über Kants Stellung zur Revolution glossiert. Das Schlußkapitel behandelt den Umschwung der öffentlichen Meinung „nach Königsberg". Ein Anhang gibt einige Aktenstücke zur revolutionären Bewegung in Rußland wieder. Ein ausführliches Stichwort-Verzeichnis ist dem Werke zur Orientierung beigegeben.

Ueber Hexen und Hexenverbrennungen bringt das 41. Heft des Rosenowschen Buches Wider die Pfaffenherrschaft ein reiches Material, aus dem namentlich der enge Zusammenhang zwischen der Kirche und den Hexen-Verfolgungen hervorgeht.

Von den zahlreichen Illustrationen erwähnen wir das große Flugblatt auf eine Hexenverbrennung, die im Jahre 1555 in Derneburg im Harz stattgefunden hat.

In jeder Woche erscheint ein Heft des Werkes, das für 20 Pf von jeder Volksbuchhandlung und jedem Kolporteur bezogen werden kann. Das Werk kann noch jetzt von Heft 1 an nachbezogen werden.

Schluß-Bemerkung.

Aus naheliegenden Gründen ist es mir nicht möglich, auf die „Offene Erklärung" des Ortskassen-Verbandes des weiteren einzugehen. Zum größten Teile ist dieselbe auch schon in meinem Artikel in Nr. 22 dieser Zeitung widerlegt. Bemerken will ich nur noch, daß ich niemals in meinem ganzen Leben irgend einen Menschen der Bestechlichkeit beschuldigt habe.

Ich scheide aus der Polemik mit dem angenehmen Bewußtsein, daß fortan das Wasserheilverfahren nicht mehr ausschließlich auf dem Papier des Volksblattes, sondern vor allen Dingen in der hiesigen Kassenpraxis vertreten sein wird. Ob ich oder ein anderer Arzt mit der Ausübung desselben von den Mitgliedern betraut wird, ist ja für die Sache selbst ganz gleichgiltig.

Dr. Karl Lewin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050201-15/fragment/page=0007

Letzte Nachrichten.

Die Revolution in Rußland.

Petersburg, 31. Januar. Äußerlich ist alles ruhig; die Polizei sucht jetzt zu beweisen, daß ein Zusammenhang zwischen der Arbeiterbewegung und der Reformbewegung der gebildeten Klassen besteht. Die Anklage gegen die am Dienstag verhafteten Schriftsteller lautet dahin, daß sie eine provisorische Regierung bilden wollten. Den Verhafteten lagen solche Gedanken fern. Die westliche Grenze ist jetzt von Truppen und Geschützen stark entblößt. Die Festung Kowno ist beinahe völlig schutzlos. Die politischen Verhaftungen dauern fort.

Paris, 31. Januar. Die dem Zaren von der Regierung vorgelegten Projekte über eine Erweiterung der bürgerlichen Rechte und eine Einschränkung der Zensur haben, wie der Temps erfährt, bisher noch nicht die Genehmigung erhalten. Die dem General Trepow eingeräumten weitgehenden Vollmachten haben auch in höheren Kreisen Beunruhigung erregt. Es werden administrative Verschickungen in größerem Maßstabe und andere Willkürakte befürchtet.

Petersburg, 31. Januar. Es verlautet gerüchtweise, daß gegen die Wohnung des Generalgouverneurs von Petersburg eine Bombe geworfen wurde. Die Wohnung sei teilweise demoliert. Der Gouverneur sei dem Attentat entgangen.

Warschau, 31. Januar. Hier herrscht Revolution. Die Polizei ist bereits machlos. Handel und Geschäft stocken vollkommen, die Läden sind geschlossen. Gleichwohl wurden mehrere derselben erbrochen und geplündert. Das Volk drang in die Telephon-Zentrale ein und erzwang die Einstellung der Arbeit, in den Zeitungsdruckereien wurden die Setzerkästen zerstört; die Straßenbahnwagen wurden umgestürzt, Fenster eingeschlagen. Auf den Straßen werden Barrikaden gebaut. Alle mit Arbeiten auf der Warschau-Wiener Bahn beschäftigten Personen sind verjagt worden, es herrscht bereits Mangel an Lebensmitteln. Gestern mittag zogen die Studenten in geschlossenem Zuge durch die Stadt. Die Polizei gingrücksichtslos vor; ein Arzt und ein Advokat wurden getötet. Alle Schulen sind geschlossen, die **Barrikadenkämpfe beginnen.**

Petersburg, 31. Jan. Nach Meldung aus Warschau wurde der dortige Polizeihauptmann ermordet.

Lodz, 31. Jan. Der Ausstand hat an Ausdehnung zugenommen. Von rund 150000 Arbeitern sind 110000 ausständig. Die Arbeiter haben keine politischen Forderungen aufgestellt, verlangen aber die 8-stündige Arbeitszeit und 20 Kopeken für die Stunde Arbeitslohn.

Paris, 31. Januar. Gestern abend fand im Tivolisaal eine große sozialistische Versammlung statt, die einberufen wurde, um gegen die Ereignisse in Petersburg zu protestieren. Zirka 7000 Personen waren zugegen, während über 3000 draußen verharrten, die keinen Einlaß mehr fanden. Den Vorsitz führte der sozialdemokratische Abgeordnete Vaillani. Nach einer heftigen Eröffnungsrede ergriffen die Deputierten Pressense und Jaures das Wort und richteten heftige Angriffe gegen Delcasse und die russische Regierung. Gegen 10 Uhr abends wurde die Sitzung aufgehoben, nachdem eine Tagesordnung Annahme gefunden, wonach in allen Städten Kundgebungen stattfinden sollen.

Nach der Versammlung versuchten die Teilnehmer zu demonstrieren und den Polizeicordon zu durchbrechen, als plötzlich eine furchtbare Explosion ertönte. Alles drängte nach der Richtung des Schalles. Eine Bombe wurde von einem unbekannten Manne gegen die Polizeimannschaft geschleudert, 9 Personen sind verletzt, davon mehrere schwer; auch ein Laden wurde teilweise demoliert. Die Polizei sperrte sofort den Platz ab und verhaftete verschiedene Personen, wobei eine Panik entstand, als bekannt wurde, es sei eine Bombe geworfen worden. Alles floh, im Gedränge wurden Frauen und Kinder verletzt.

Paris, 31. Januar. Zu dem Bombenattentat wird noch gemeldet: Während der Panik der Massen erhielt die Polizei Verstärkungen. Die Verwundeten wurden in eine naheliegende Apotheke gebracht, wo sie die erste Hilfe erhielten. Man vermutet, daß sich der Attentäter unter ihnen befindet. Bis 3 Uhr früh waren 30 Personen verhaftet.

Paris, 31. Januar. Infolge des Attentats auf die Wohnung des russischen Militärattachees wurden umfassende Sicherheitsmaßregeln für die Botschaft und das Generalkonsulat getroffen, da man annimmt, daß weitere Attentate geplant sind. Die Botschaft und das Generalkonsulat sind polizeilich bewacht.

Bergarbeiterbewegung in Schlesien.

Kattowitz, 31. Januar. In Oberschlesien ist eine Lohnbewegung im Gange. Auf der Hohenzollerngrube haben die Bergarbeiter der Verwaltung Forderungen unterbreitet, welche „in wohlwollende Erwägung" gezogen werden sollen.

Gleiwitz, 31. Jan. Auf dem Georgsschacht der fiskalischen Grube Königin Luise sind am Sonnabend 300 Arbeiter nicht angefahren; sie forderten Lohnerhöhung und Erhöhung des Kohlendeputats. Das Gleiche verlangte die Belegschaft des Krugschachts. Bis Dienstag ist den Arbeitern Antwort zugesagt.

Kattowitz, 31. Januar. Auf der Grube Schlesien und der Florentinegrube wollen die Bergarbeiter auch Forderungen unterbreiten, auf der fiskalischen Luisengrube zogen 400 Bergarbeiter vor die Berginspektion; eine Deputation unterbreitete die Wünsche der Arbeiter. Nachdem zusagende Antwort erteilt worden war, zogen die Leute ruhig ab.

Breslau, 31. Januar. Das Oberbergamt Breslau teilte der Streikleitung der Neuroder Bergleute jetzt mit, daß es zwischen den Streikenden und der Verwaltung vermitteln wollte.

Krieg in Ostasien.

Tokio, 31. Januar. Aus Kurokis Hauptquartier wird gemeldet, daß der Versuch der Russen, den japanischen linken Flügel zu umgehen, mit einem gänzlichen Mißerfolg endete. Die Verluste der Japaner betrugen etwa 5000, die der Russen 10000 Mann.

Petersburg, 31. Januar. Hier zirkulieren bestimmt auftretende Gerücht, daß die russische Armee am Scha in den letzten Kämpfen eine **empfindliche Niederlage erlitten habe.** Diese Nachricht ruft in regierungsfreundlichen Kreisen um so größere Niedergeschlagenheit hervor, als ein russischer Sieg die Herstellung geordneter Verhältnisse unzweifelhaft jetzt außerordentlich erleichtert haben würde.

London, 31. Januar. Der Korrespondent des Reuter-Bureaus bei Oku's Armee meldet von gestern: Nachdem die Japaner die Russen über den Hunho getrieben hatten, setzten sie die Beschießung des Feindes auf der ganzen Linie von vorgestern bis gestern mittag fort. Die Russen antworten nur schwach. Die Japaner suchen jetzt Kuropatkins rechte Flanke zu überflügeln.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Nord, Burgstraße 38), 28. Januar.

Eheschließungen: Geschirrführer Wiesner u. Minna Albrecht (Langestr. 6 und Adolfstr. 2). Arbeiter Klingner und Emma Albrecht (Trotharstraße 78 und Adolfstraße 2). Zimmermann Schlurick und Marie Kaatz (Eichendorffstr. 5). Zimmermann Jäger und Lina Kaßler (Brandenburgerstr. 1).

Geboren: Arbeiter Herms T. (Weidenplan 25). Arbeiter Schröter S. (Zietenstr. 6). Kellner Schmidt S. (E. Wuchererstraße 34). Sekretär Wagner T. (Blumenthalstr. 4). Tischler Otto T. (Körnerstr. 4). Bureauvorsteher Fiedler S. (Rosenstraße 6).

Gestorben: Arbeiter Böttig, 35 J. (Breitestr. 7). Arbeiters Seidel T., 11 J. (Adwokatenweg 23). Steindruckers Biesse S., 11 Mon. (Nikolaistr. 4). Rentiers Wilde Ehefr., 72 J. (Kaiserstraße 3). Lehrling Köthe aus Naumburg, 18 J. (Diakonissenhaus). Kaufmanns Groß S., 1 J. (Königstr. 27). Eisendrehers Weidig T., 4 J. (Geiststr. 55).

Halle (Süd, Steinweg 2), 30. Januar.

Aufgeboten: Tischler Meißner und Anna Degen (Taubenstraße 28 und Stedten). Arbeiter Opel und Minna Meißner (Leipzig und Martinsberg 13). Arbeiter Schmidt und Berta Weller (Zenkerstr. 15 und Steg 12). Steinsetzer Zeising und Anna Wendt (Saalberg 21). Bergmann Pisch und Marianne Czapelski (Eisleben). Kürschner Müller und Anna Randel (Schkeuditz und Schwoitsch). Knecht Ludwig und Marie Dunker (Unterröblingen).

Eheschließungen: Buchdrucker Heldt und Minna Müller (Domplatz 5). Arbeiter Eichke und Klara Pfennigsdorf (Rudolf Haymstr. 6 und Torstr. 29).

Geboren: Kutscher Danneil S. (Nikolaistr. 6). Buchbinder Mieth S. (Weingärten 37). Bahnarbeiter Laue T. (Mühlberg 4). Schmiedemstr. Kunze T. (Delitzscherstr. 23 a). Weißgerber Schilske T. (Mühlberg 4). Bergmann Sydow S. (Schülershof 13). Schlosser Werthschitzky T. (Kl. Brauhausstr. 19). Geschirrführer Makosch S. (Schmiedstr. 19). Arbeiter Hund S. (Schmiedstr. 26). Eisendreher Banie S. (Grafeweg 15). Schlosser Huke T. (Bernhardystr. 10). Eisendreher Henze S. (Klinik). Arbeiter Kluge S. (Lilienstr. 13). Arbeiter Hergesell T. (Weingärten 25). Stellmacher Freudenthal S. (Pfännerhöhe 59). Bäcker Weber S. (Alter Markt 16).

Gestorben: Schneiders Barth Ehefr., 39 J. (Steinweg 35). Kaufmanns Engelmann S., 4 J. (Rudolf Haymstr. 5). Arbeiters Röth T., 9 J. (Klinik). Seilermeister Wolbert, 52 J. (Sternstraße 8). Privatmann Rolle, 83 J. (Domplatz 3). Witwe Hennicke, 57 J. (Klinik). Witwe Wildenow, 75 J. (Ofendorferstraße 3). Fischers Schramm T., 1 J. (Weingärten 47). Arbeiters Schröter S., 2 Mon. (Landsbergerstr. 64).

Verantwortlicher Redakteur: **A. Weißmann** in Halle.

Inventur-Ausverkauf.

Nach nunmehr beendeter **Lageraufnahme** haben wir nochmals verschiedene Waren aussortiert und zum **Ausverkauf** gestellt. Wir empfehlen hiervon besonders:

Einen Posten **Teppiche,** vorjährige Muster, darunter Stücke, die durch Dekorieren etwas gelitten haben.
Einen Posten **Portièren** und Kantonièren.
Einen Posten **Gardinen,** Stückware und abgepasst, Reste zu 1—3 Fenstern langend.
Einen Posten **Felle,** Fellvorlagen und Felltaschen in verschiedenen Grössen und Arten.
Einen Posten **Tischdecken,** einzelne Stücke, wovon keine Sortimente vorhanden.
Einen Posten **Schlafdecken** in Seide, Wolle und Baumwolle.
Einen Posten **leinene Tischtücher,** Servietten und Handtücher, etwas angestaubt.
Einen Posten **Normal-Unterhemden,** Kamisoles, Beinkleider, Turnerjacken, Frauenhemden, Reisemuster und Stücke, die im Fenster etwas gelitten haben.

Diese Waren werden, um schnell damit zu räumen,

aussergewöhnlich billig verkauft.

Brummer & Benjamin

22/23 Grosse Ulrichstrasse 22/23.

Lieskau.
Sonntag den 5. Februar abends 7 Uhr in **Tenners Lokal**
Maskenball.
Es ladet ergebenst ein:
Gesangverein Lieskau.
NB. Karten im Vorverkauf bei R. Tenner, A. Stelzer und G. Damm. Masken sind im Lokal zu haben.

Holzpantoffeln,
Plüsch-, Sammet-, Cord- u. Filzpantoffeln, Turn-, Filz- u. Brauer-Schuhe
empfiehlt zu äußersten Fabrikpreisen
Fr. Fricke, Mansfelderstraße 47.
Pantoffelfabrik.

Ordentliche Frau zum Säckeflicken gesucht.
Freiimfelderstraße 5.

HAUSFRAUEN!
Verlangt nur noch
TRIUMPH-SEIFENPULVER
denn es ist das BESTE.
Alleinige FABRIKANTEN
COLNER SEIFENPULVER-FABRIK
AUG. JENNES, G.M.B.H.
CÖLN-EHRENFELD.

Formerlehrlinge
stellen noch zum 1. April d. J. ein
Chr. Prinzler u. Söhne, Eisengießerei.

Hochfeine
5 Pfg.-Zigarren
120 mm lang, schönes Façon, versende gegen Nachnahme pro Kiste 100 Stück **2.50 Mk.** bei 5 Kisten franko.
Verhandhaus Otto Herbst,
Siersleben.

Verkaufe mein Haus mit Stallung und Garten.
Franz Glöckner,
Osmünde bei Gröbers.

Gelegenheitskauf.
Prachtvolle Nähmaschine, Sopha, 2 Sessel, Spiegel, Tisch, 4 Stühle, Kleiderschrank (fast neu) sehr billig zu verkaufen. Geiststraße 21, I.

Sängerchor, Halle.
Mittwoch, den 1. Februar,
3/4 8 Uhr, an der Artillerie-kaserne:
Ständchen.

Hausarbeiterinnen
für Papierwaren suchen
Heilbrun & Pinner, Geiststr. 22.

200 Paar getr. Halbstiefeln, Stiefeletten u. Agraff-Männerschuhe bill. z. verk. Schülershof 1, Renner.

Morgen Mittwoch
Schlachtefest.
Oskar Heller
Steinweg 32.
Telephon 2179.

Ansichtspostkarten
empfiehlt in großer Auswahl
Volksbuchhandlung,
Geiststraße 21.

(Verspätet.)
Danksagung.
Zurückgekehrt vom Grabe meines mir unvergeßlichen lieben Mannes
August Schwarze
sage ich auf diesem Wege allen Verwandten und Bekannten für die schönen Kranzspenden meinen herzlichsten Dank. Insbesondere Dank seinen Kollegen und Parteigenossen für die vorzüglichen Kränze mit den roten Schleifen, welche der Gesinnung meines lieben Mannes Ausdruck gaben, und für das Geleit zur letzten Ruhe.
Crostitz, den 29. Januar 1905.
Verwitwete **Berta Schwarze,**
geb. Grell.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190502015/fragment/page=0008